Migration in München von den 1950er bis in die 1970er Jahre anhand didaktisch aufbereiteter Quellen

von Markus Baar, Vivienne Marquart, Philip Zölls

Die Themen Migration und Integration stellen fächerübergreifend einen zentralen Bildungsinhalt an bayerischen Schulen dar. Der LehrplanPLUS sieht beispielsweise für die Realschule und das Gymnasium im Fach Geschichte jeweils einen Längsschnitt zur Migration vor, wobei im gymnasialen Fachlehrplan der 11. Jahrgangsstufe ein Fokus auf Bayern liegt. Neben der Beschäftigung mit Motiven und Folgen von Migrationsbewegungen, die von den Lernenden als „konstitutives Merkmal der Menschheitsgeschichte" zu begreifen sind, sowie Bedingungen einer gelingenden Integration sind hier biografische Beispiele in den Blick zu nehmen – unter anderem aus der sogenannten Gastarbeiterphase in Bayern.

Die in diesem Themenheft vorliegenden Quellen mit einem Fokus auf München eignen sich besonders für eine intensive Beschäftigung mit den genannten Inhalten. Zeitungsquellen, Bildmaterial, Protokollauszüge aus einer Münchner Stadtratssitzung und – in Auszügen – eine vom Münchner Stadtrat in Auftrag gegebene Studie mit „[k]ommunalpolitischen Aspekte[n] des wachsenden ausländischen Bevölkerungsteils" aus den 1960er und 1970er Jahren werden in einer um Arbeitsaufträge und Gesprächsimpulse ergänzten, kopierfertigen und im Sinne einer Unterrichtssequenz logisch angeordneten Form präsentiert. Das Kernstück dieser didaktischen Sequenz sind lebensgeschichtliche Interviews mit Arbeitsmigrant*innen, welche die individuelle Relevanz von Migrationsbewegungen verdeutlichen und alternativ zur transkribierten Form – ebenso wie ein Interview mit dem früheren Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel – auch in audiovisueller Form verwendet werden können:

@ *www.blz.bayern.de/Migration_in_Muenchen*

Die Anordnung der Materialien zielt darauf ab, dass den Schüler*innen nach einem Zugang, der eine zeitliche Verordnung des Sequenzthemas und eine Klärung der zentralen Begrifflichkeiten liefert, (1) zunächst deutlich wird, dass in München in den 1960er und Anfang der 1970er Jahren Einwanderung in großer Zahl stattfand (2), um sich daraufhin mit den damit einhergehenden individuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen (3, 4) und in einem nächsten Schritt mit entsprechenden Lösungsansätzen (5) und den dabei auftretenden politischen Diskussionen (6) zu befassen. Schließlich werden Materialien und Anregungen vorgestellt, die am Beispiel der Gastronomie den Einfluss der Migrant*innen auf das kulturelle Leben in München in den Blick nehmen (7).

Den Quellen sind neben Arbeitsaufträgen bzw. Gesprächsimpulsen methodisch-didaktische Hinweise beigefügt, die u.a. Zusammenhänge zwischen den Arbeitsaufträgen (z.B. Progression) verdeutlichen, die jeweilige pädagogische Zielsetzung aufzeigen, Lösungen bzw. Lösungsansätze präsentieren und detaillierte Informationen zu den historischen Sachverhalten liefern. Darüber hinaus werden methodische Anregungen für die Umsetzung im Unterricht gegeben. Stellenweise finden sich ergänzend zu den Quellen Infoboxen, im Rahmen derer die Lehrkräfte – oder außerschulischen Multiplikator*innen – zentrale Informationen zu einer Begrifflichkeit oder einem Themenkomplex in pointierter Form einsehen können.

Die Unterrichtssequenz ist als Angebot zu verstehen, das je nach Bedarf vollständig oder in Teilen genutzt werden kann. Grundsätzlich wurde die didaktische Aufbereitung der Quellen mit Blick auf die gymnasiale Oberstufe konzipiert, die Materialien können aber durchaus auch in anderen Schularten Anwendung finden. Nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Komplexität und des Umfangs der Quellentexte divergieren die Schwierigkeitsgrade zwischen den einzelnen Unterrichtseinheiten, sodass die Lehrkraft entsprechend der jeweiligen Schulart und Klasse selbst eine Beurteilung vornehmen kann, inwieweit bestimmte Einheiten der Sequenz für die entsprechende Zielgruppe eingesetzt werden können. Es bietet sich auch an, die Arbeitsaufträge als Anregungen für eigene Fragestellungen zu nutzen.

Die regionale Fokussierung auf München ist insofern naheliegend, als zum einen die Landeshauptstadt mit 23 Prozent einen der höchsten Ausländeranteile in der Bundesrepublik Deutschland erreichte und demzufolge umfangreiches Quellenmaterial vorliegt. Zum anderen spielt München in den Berichten der befragten Zeitzeug*innen eine wichtige Rolle, da alle Migrant*innen, die über den offiziellen Weg der Anwerbung aus Italien, Jugoslawien, Griechenland und anfangs der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland kamen, auf Gleis 11 am Hauptbahnhof München eintrafen. Der Münchner Hauptbahnhof stellt demzufolge einen zentralen Ort der Erinnerungskultur dar.

Die didaktischen Materialien wollen nicht zuletzt hilfreiche Impulse für schulische Forschungs- bzw. Zeitzeugenprojekte zu Migration und Integration in anderen Regionen geben.

Seite	Baustein	Materialien
S. 21	1 Arbeitsmigration in München	Arbeitsblatt mit verschiedenen Quellen: • Bild vom Münchner Hauptbahnhof • Zeitzeugeninterview mit Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel
S. 26	2 München als Einwanderungsstadt?	Arbeitsblatt mit Auszügen aus der Studie „Kommunalpoltische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“
S. 31	3 Aus dem Leben der „Gastarbeiter*innen“	Arbeitsblätter zu lebensgeschichtlichen Interviews: • Makbule Kurnaz • Theodoros Gavras • Eleni Tsakmaki
S. 40	4 Migrant*innen und der Münchner Hauptbahnhof	Arbeitsblatt mit verschiedenen Quellen: • Artikel aus dem Münchner Merkur, 1966 • Bilder vom Münchner Hauptbahnhof • Auszug aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“
S. 44	5 Assimilation, Eingliederung, Integration	Arbeitsblatt mit Auszügen aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“
S. 48	6 Integration oder Rotation – ein politisches Streitgespräch	Arbeitsblatt mit Auszügen aus dem Protokoll der Stadtratssitzung vom 23.11.1972
S. 54	7 (Post-)Migrantische Gastronomie in München	Arbeitsblatt mit verschiedenen Quellen: • Artikel aus der Münchner Abendzeitung, 1976 • Plakat eines italienischen Restaurants, um 1965 • Bild vom türkischen Restaurant „Ali Baba Börekçisi“ • Bild vom türkischen Imbiss „Türkitch – köfte & kebap“

1 ARBEITSMIGRATION IN MÜNCHEN

M1:

Foto: Stadtarchiv München, StAM RD-0668-A-36/Fotograf: Rudi Dix

Arbeitsaufträge:

1. Beschreiben Sie das Bild in seinen einzelnen Elementen.

2. Klären Sie die Situation des Bildes.

3. Stellen Sie Vermutungen an, wie sich die Personen auf dem Bild fühlen.

M2:

Hans-Jochen Vogel, 2016
Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt" (Screenshot)

Hans-Jochen Vogel war von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister der Stadt München. In diesem Interview aus dem Jahr 2016 erinnert er sich an Einzelheiten seiner Amtszeit:

Also zunächst galt ja für diesen Bereich eher das Stichwort „Gastarbeiter" – War, glaube ich, das erste Abkommen mit Italien Mitte der 50er Jahre und es war ein Bedarf an Arbeitskräften gerade auch in München, wenn ich an BMW, Siemens und andere denke. Und der berühmte Bahnsteig 11 war damals schon ein Begriff. […] Also, das war noch nicht der Gedanke der Einwanderung, der Migration, es war der Gedanke des „Gastarbeiters" und es war eigentlich die allgemeine Vorstellung, dass die nach einiger Zeit wieder nach Hause gehen und dass dann vielleicht andere „Gastarbeiter" kommen.
Andere Vorgänge spielten – vielleicht jedenfalls im Hinterkopf – eine Rolle: Das waren die Vertriebenen und Flüchtlinge in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg. Also München war es schon gewohnt, dass Menschen kamen, die hier nicht geboren waren, sondern eben zuwanderten. Die Sudetendeutschen beispielsweise, die für München eine gute Rolle gespielt haben.

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Der ehemalige Oberbürgermeister Münchens Hans-Jochen Vogel spricht von sogenannten Gastarbeiter*innen. Definieren Sie den Begriff ausgehend von Vogels Ausführungen. Nennen Sie weitere Begriffe, die in diesen Kontext passen, und problematisieren Sie diese.

2. Vogel erwähnt das erste „Gastarbeiter-Abkommen" Mitte der 1950er Jahre. Neben dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen gab es acht weitere. Zählen Sie Ihnen bekannte Abkommen auf.

Zusatzaufgabe: Vogel erwähnt das erste „Gastarbeiter-Abkommen" Mitte der 1950er Jahre. Recherchieren Sie, worum es bei dem Abkommen ging und warum es abgeschlossen wurde.

3. Welche andere Einwanderungsgruppe spricht Vogel an? Erklären Sie den historischen Hintergrund der entsprechenden Migrationsbewegung.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Die vorgeschlagenen Arbeitsaufträge können als Impulse für ein Unterrichtsgespräch zum projizierten Bild und zum audiovisuell dargebotenen Zeitzeugeninterview genutzt werden, es ist aber ebenso möglich, die Quellen inklusive der Arbeitsaufträge als Arbeitsblätter an die Schüler*innen auszugeben.
Der Zugang mittels eines Bildes ermöglicht einen sehr offenen Gesprächszugang, der kein Vorwissen bei den Schüler*innen voraussetzt. In einem ersten Arbeitsschritt beschreiben die Lernenden die einzelnen Elemente des historischen Bildes, wobei vordergründig auf die Methodik der Bildanalyse abgezielt wird. In einem nächsten Schritt werden diese Informationen nutzbar gemacht, um von den einzelnen Bildelementen auf die entsprechende Situation zu schließen. Der*die Betrachter*in kann erkennen, dass es sich um einen Bahnhof handeln muss, da ein Bahnsteig und ein Zug zu erkennen sind. Die Ankommenden sind bereits erwartet worden und erhalten nun Informationen von dem Mann mit dem Megaphon. Tatsächlich wurden die Migrant*innen bereits am Ankunftsgleis empfangen und Vertreter*innen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie Dolmetscher informierten sie gegebenenfalls über die Weiterfahrt in andere Städte. Das Motiv der Arbeitsaufnahme kann von den Schüler*innen erschlossen werden, es mag aber sicherlich schon einigen Lernenden bekannt sein, sodass möglicherweise im Unterrichtsgespräch auch eine zeitliche Einordnung vorgenommen werden kann. Abschließend stellen die Betrachter*innen Vermutungen über die Gefühlslage der Ankommenden an und können so im Sinne der narrativen Kompetenzschulung etwaige Hoffnungen, aber auch Ängste artikulieren. Auch Vorfreude oder Müdigkeit sind denkbare Antworten. Hier wird ein Fokus auf die Perspektivenübernahme und Empathiefähigkeit gelegt. Eine denkbare Methode wäre hier außerdem, dass die Schüler*innen Gedanken- oder Sprechblasen in dem Bild ergänzen.
Die anschließende Beschäftigung mit den Aussagen Hans-Jochen Vogels dient dazu, die geäußerten Vermutungen zum Eingangsbild zu überprüfen, indem historische Fakten – vermittelt durch einen Zeitzeugen – zur Situation auf dem Bild und zum entsprechenden Kontext geliefert werden. Die Schüler*innen erfahren, dass es sich bei den Personen auf dem Bild um sogenannte Gastarbeiter*innen handelt, die ab Mitte der 1950er Jahre auf der Basis wirtschaftlicher Abkommen – unter anderem aus Italien – nach Deutschland kommen. Hier sollten in einem Unterrichtsgespräch weitere Begriffe aus diesem Kontext gesammelt und problematisiert werden, um inhaltliche Differenzierungen nachzuvollziehen, im Sinne der Orientierungskompetenz die Entwicklung (Beispiel: „Ausländer*in“) und gleichzeitig die andauernde Aktualität der Diskussion um eine angemessene Begrifflichkeit zu erkennen und nach eigenen Wertmaßstäben zu urteilen. Die Schüler*innen sollen nach weiteren bekannten Abkommen gefragt werden, sodass sie möglicherweise ihre eigene Familienbiografie einfließen lassen und so den Bezug historischer Gegebenheiten zur Gegenwart erkennen können. Als Alternative kann den Lernenden die Möglichkeit gegebenen werden, ausführlich – zum Beispiel im Rahmen einer Hausaufgabe – zum deutsch-italienischen Anwerbeabkommen zu recherchieren. Dieses Abkommen kam aus verschiedenen Gründen zustande: Neben den zahlreichen Initiativen der italienischen Regierung ist hierbei der Wunsch des deutschen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard nach einem wirtschaftlich geeinten Europa und nach einer intensiveren europäischen Integration ebenso zu nennen wie dessen Absicht, Arbeitskräfte für bestimmte Bereiche der deutschen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Denkbar ist auch, dass die Schüler*innen Recherchen zu einem anderen Anwerbeabkommen durchführen. Der dritte Arbeitsauftrag zielt auf die Wiederholung von bereits im Geschichtsunterricht erlangtem Wissen ab. Die Schüler*innen ordnen die Migration der Sudetendeutschen – und gegebenenfalls weiterer Einwanderungsgruppen – kontextuell ein und stellen möglicherweise einen Vergleich mit der Zuwanderung der „Gastarbeiter*innen“ an. Als Unterschied wäre hierbei beispielsweise anzuführen, dass im Falle der Sudetendeutschen Deutsche im Sinne des Grundgesetzes mit deutscher Sprache zuzogen, während mit den Arbeitsmigrant*innen der sogenannten Gastarbeiterphase Personen anderer Nationalitäten nach Deutschland kamen, bei denen zunächst in der Regel kaum Deutschkenntnisse vorhanden waren.

INFOBOX MIT BEGRIFFSDEFINITIONEN

Gastarbeiter*in:

Der Begriff war von den 1950er bis in die 1970er Jahre sowohl in der Umgangssprache als auch in der Öffentlichkeit zur Bezeichnung angeworbener Arbeitnehmer*innen aus dem Ausland in Gebrauch. Er impliziert die Vorstellung, dass die Arbeitnehmer*innen aus dem Ausland für eine begrenzte Zeit zum Zwecke der Arbeitsaufnahme nach Deutschland kommen und anschließend wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Neben der Pauschalität dieser Annahme war der Begriff auch wegen des Wortes „Gast" umstritten, schließlich leisteten die Personen harte Arbeit unter oftmals schweren Bedingungen, was von einem Gast in der Regel nicht erwartet wird.

Ausländer*in:

Der Begriff löste ab den 1970er Jahren nach und nach die „Gastarbeiter"-Bezeichnung ab, da dieser in Anbetracht der Tatsache, dass immer mehr Arbeitnehmer*innen dauerhaft in Deutschland bleiben wollten und auch viele Firmen Kontinuität bei ihren Arbeitskräften bevorzugten, überholt war. Es entstanden Komposita wie „Ausländergesetz" oder „Ausländerbeauftragte". Dadurch, dass der Begriff Personen beschreibt, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, klammerte er sowohl bereits eingebürgerte Personen aus dem Ausland als auch die (Spät-) Aussiedler aus. Die Bezeichnung weckt negative Konnotationen im Sinne einer Ausgrenzung und Diskriminierung.

Migrant*in, Menschen mit Migrationshintergrund:

Mit „Migrant*in" werden in der Regel Personen bezeichnet, die ihr Herkunftsland verlassen, um in einem anderen Land zu leben. Spätestens seit 2005, als die offiziellen Statistiken tatsächlich von einer „Ausländerstatistik" zu einer „Migrationsstatistik" wurden, hat sich der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund" etabliert. Laut dem Statistischen Bundesamt hat eine Person Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Der Begriff umfasst neben zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländern*innen und zugewanderten und nicht zugewanderten Eingebürgerten auch (Spät-) Aussiedler*innen sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen. Die Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs zählen nicht zu dieser Definition.

Flüchtling, Geflüchtete*r:

Während „Migrant*innen" ihr Land laut Völkerrecht auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen verlassen, werden „Flüchtlinge" aufgrund bestimmter Einflüsse zur Flucht gezwungen. Der Genfer Flüchtlingskonvention zufolge handelt es sich bei einem „Flüchtling" um eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will." Da sich im deutschen Wortschatz viele negativ konnotierte Begriffe mit dem Suffix „-ing" finden, wird anstelle von „Flüchtling" oftmals der positiv unterstützende Begriff der „Geflüchteten" verwendet.

Asylsuchende*r, Asylantragstellende*r, Schutz-/Bleibeberechtigte*r:

„Asylsuchende" ist die Bezeichnung für geflüchtete Personen, die beabsichtigen, einen Antrag auf Asyl, das heißt auf Aufnahme zum Schutz vor Bedrohungen in anderen Teilen der Welt, zu stellen. Wenn sie diesen Antrag eingereicht haben und sich dann im Asylverfahren befinden, werden sie als „Asylsuchende" oder „Asylbewerber*innen" bezeichnet. Personen, die eine Asylberechtigung, einen Flüchtlingsschutz oder subsidiären Schutz erhalten haben oder die aufgrund eines Abschiebungsverbotes in Deutschland bleiben dürfen, gelten als „Schutz- bzw. Bleibeberechtigte".

LITERATUR

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asyl und Flüchtlingsschutz, https://www.bamf.de/DE/Themen/Asyl-Fluechtlingsschutz/asylfluechtlingsschutz-node.html [Stand: 17.02.2022].

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Schutzformen, https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlings-schutz/AblaufAsylverfahrens/Schutzformen/schutzformen-node.html [Stand: 17.02.2022].

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Grundlagen und Begriffe, https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/flucht/fachbegriffe#lexicon=21868 [Stand: 17.02.2022].

Walter Graßmanns Beitrag in diesem Heft.

Philip Zölls: Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken, München 2019, S. 28-36.

Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2014, S. 267 f.

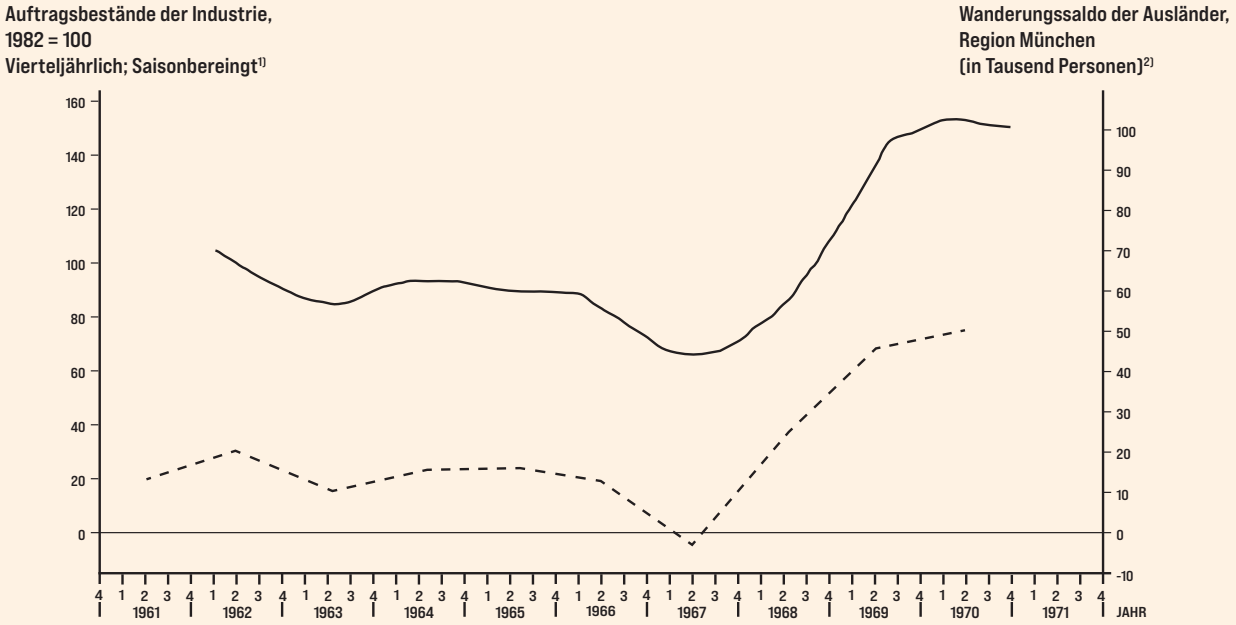
Friedel Taube/Ralf Bosen: Glossar: Flucht, Asyl, Einwanderung, 21.08.2018, https://www.dw.com/de/glossar-flucht-asyl-einwanderung/a-39187168 [Stand: 17.02.2022].

Statistisches Bundesamt: Migrationshintergrund, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html [Stand: 17.02.2022].

2 MÜNCHEN ALS EINWANDERUNGSSTADT?

M1: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

KONJUNKTURVERLAUF IN DER BRD UND AUSLÄNDER-WANDERUNGSSALDO IN DER REGION MÜNCHEN 1961 – 1971



[1] Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1970, S.4
[2] Tabelle 7, Spalte 2

Legende: ——— Konjunkturverlauf
– – – – Wanderungssaldo

Begriffsklärung: Unter einem Wanderungssaldo versteht man die Differenz zwischen Zuziehenden und Fortziehenden.

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 59; schematisch nachgebildet von: Agentur Mumbeck

M2: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

[...] Mindestens ein beachtlicher Teil der ausländischen Arbeitskräfte ist in Funktionen beschäftigt, die jederzeit abgebaut werden können, wenn es die konjunkturelle Lage vom Standpunkt der Unternehmer aus erfordert. Ebenso schnell können diese Funktionen bei einem wirtschaftlichen Aufschwung wieder besetzt werden. Damit existiert auf dem „Markt ungelernte Arbeitskraft“ eine geradezu klassische „industrielle Reservearmee“.
Für die Zukunft ist jedoch zu erwarten, dass die Ausländerbeschäftigung in der BRD nicht mehr nur rein ergänzende Funktion hat. Durch eine allmählich zunehmende berufliche Qualifikation werden immer mehr Ausländer in das Stammpersonal deutscher Betriebe aufrücken, das auch in vorübergehenden Rezessionszeiten gehalten wird. Die allmählich steigende Qualifikation ergibt sich aus

- der im Durchschnitt immer längeren Aufenthaltsdauer der damit verbundenen Verbesserung der Sprachkenntnisse,
- dem Berufstraining,
- der zunehmenden Auswahl fachlich ausgebildeter oder erfahrener Arbeitskräfte bei der Anwerbung im Ausland;

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 63 f.

M3: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

Die [in dieser Studie vorgenommene, Anm. d. Red.] Darstellung der Probleme, die die Ausländer in einzelnen Lebensbereichen haben, hat eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Gleichstellung von Ausländern und Deutschen im Arbeits- und Sozialrecht und ihrer materiellen Ungleichheit erkennen lassen. Das vordringliche Ziel einer kommunalen Ausländerpolitik müsste darin liegen, diese Diskrepanzen abzubauen. [...]

[...] Hoffnungen, der Zustand vor Beginn der jetzigen Zuwanderung könnte wiederhergestellt werden, scheinen [...] unhaltbar. Die [...] getroffenen Feststellungen über das Zusammenwachsen der Länder des europäischen Kontinents, über die damit verknüpften Bevölkerungsbewegungen und die auf absehbare Zeit bestehende Notwendigkeit, ausländische Zuwanderer in der BRD aufzunehmen, um den Lebensstandard der Gesellschaft zu erhalten, beweisen das. Angesichts dieser Situation sollte vielmehr davon ausgegangen werden, dass eine konstante Gruppe relativ gut in die deutschen Verhältnisse eingelebter Ausländer für die soziale und politische Entwicklung der deutschen Gesellschaft zweckmäßiger ist, als eine ständige rotierende Gruppe von Ausländern mit Anpassungsproblemen. [...]

Angesichts der bestehenden Probleme liegt der Gedanke nahe, den Zustrom von Ausländern zu stoppen oder auf ein bestimmtes Maß zu drosseln. Rigorose Maßnahmen dieser Art [...] stünden [...] vor allem im Widerspruch zu zwei gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen:

- Liberalisierung der Einreisebedingungen
  Gegenüber EWG-Angehörigen bestehen ohnehin keine Möglichkeiten, die Arbeitsaufnahme in der BRD zu verwehren. Daneben existiert eine große Gruppe von Illegalen bzw. von ausländischen Arbeitnehmern, die zunächst illegal eingewandert sind und dann „legalisiert“ wurden. Das zeigt, dass es schwierig ist, den Zustrom von Arbeitssuchenden an der Staatsgrenze zu kontrollieren.
- Entscheidungsfreiheit der Unternehmen
  Als zweite Kontrollstelle der Ausländerzuwanderung könnte der Betrieb herangezogen werden. Diese Kontrolle muss aber versagen, wenn der Unternehmer stark an der Beschäftigung von Ausländern interessiert ist.

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 194 f.

Arbeitsaufträge:

1. Im Fokus dieser Unterrichtseinheit steht der Begriff der „Einwanderungsstadt“. Diskutieren Sie in der Klasse darüber, was Sie unter der Bezeichnung verstehen.

2. Werten Sie das Diagramm M1 aus, indem Sie zunächst herausarbeiten, wovon der Zuzug nach München abhängt, und anschließend die Entwicklung der Zahlen der Arbeitsmigrant*innen in der Region München erläutern.

3. Erläutern Sie anhand des Auszugs aus der Studie in M2 die Auswirkungen der Entwicklungen im Jahre 1967 auf bereits beschäftigte ausländische Arbeitskräfte.

4. Im Jahr 1972 stellte Hans-Jochen Vogel, der damalige Oberbürgermeister Münchens, fest:
„München ist eine Einwanderungsstadt. Das mag manche erschrecken, aber es ist die Wahrheit.“
Überprüfen Sie Vogels Behauptung auf der Basis der bisherigen Ergebnisse und von M3.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Die Arbeitsaufträge beginnen mit einer Diskussion des Begriffs „Einwanderungsstadt“, um so die zentrale Frage der Unterrichtseinheit, inwieweit es sich bei München in den 1960er und 1970er Jahren um eine „Einwanderungsstadt“ handelt, vorzubereiten. Die Schüler*innen werden hier etwa die Aspekte des Bevölkerungszuwachses aufgrund eines signifikanten Zuzugs aus anderen Ländern sowie des dauerhaften Bleibens anführen. Auch eine aktive Förderung der Migration bzw. der dauerhaften Ansiedlung durch die Stadt könnte als Definitionskriterium genannt werden. Die Lehrkraft kann in diesem Zusammenhang Informationen zur Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland als „Einwanderungsland“ geben.
Im Rahmen von Arbeitsauftrag 2 analysieren die Schüler*innen ein Diagramm, das den Zusammenhang zwischen den Aufträgen der deutschen Industrie und der Zuwanderung von Migrant*innen zeigt. Da das Arbeiten mit Diagrammen und Schaubildern im Sinne der Methodenkompetenzschulung schulart- und schulfächerübergreifend in Bayern einen großen Raum einnimmt, bietet es sich an, „den dominierenden Einfluss rein wirtschaftlicher Wanderungsmotive“, wie es die Studie formuliert, anhand der beiden Entwicklungskurven mit einem nahezu deckungsgleichen Verlauf erarbeiten zu lassen. Neben dem Zusammenhang von Konjunktur und Migration stellen die Lernenden außerdem ein deutlich positives Wanderungssaldo in den Jahren 1962 und 1969 fest, was auf jeweils große Zuzüge hindeutet. Da die Studie keine absoluten Einwohnerzahlen nennt, können diese von der Lehrkraft ergänzt werden: 1961 wohnten in München ca. 80.000 Ausländer*innen, im Jahr darauf waren es bereits über 100.000, 1971 zählte München fast 220.000 ausländische Einwohner*innen. Im Jahresdurchschnitt wuchs die Zahl um 9 %, wovon neben den Jahren 1962 und 1969 auch das Rezessionsjahr 1967 auszunehmen ist. Hier fällt das Wanderungssaldo ab, wobei die Schüler*innen wiederum die Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Auftragsbeständen erkennen können.
Die Schüler*innen erarbeiten im folgenden Arbeitsauftrag, dass von der geringen Investitionsnachfrage des Jahres 1967 vor allem die sogenannten Gastarbeiter*innen betroffen waren, da diese laut M2 leicht abbaubare Stellen innehatten. Sie decken den Bedarf an „ungelernten Arbeitskräften“. In einem vertiefenden Unterrichtsgespräch könnte die von der vorliegenden Studie vorgenommene Prognose zu den künftigen Beschäftigungsfeldern der Migrant*innen analysiert werden. Denkbar wäre auch, in einem längeren Exkurs den grundsätzlichen Konjunkturverlauf zu erläutern.
Bei der Beurteilung der Frage, ob es sich bei München um eine Einwanderungsstadt handle, wird ein Fokus auf die Argumentationsstruktur der Schüler*innen gelegt, da sie ihre (möglicherweise partielle) Zustimmung oder Ablehnung auf der Basis der in Arbeitsauftrag 1 entworfenen Definition des Begriffs begründen müssen. Die Lernenden können sich beispielsweise auf die Argumentation des Stadtentwicklungsreferats in M3 stützen, wonach verschiedene Gründe wie die Interessen der Firmen für einen dauerhaften Zuzug nach München sorgen würden. Für das denkbare Definitionskriterium des Begriffs Einwanderungsstadt, wonach eine aktive Förderung des langfristigen Verbleibs stattzufinden habe, findet sich mit dem Aspekt der bestehenden Diskrepanzen, deren Abbau laut Studie ein vorrangiges kommunales Ziel sein müsste – woraus zu schließen ist, dass dies momentan eben noch nicht der Fall ist – ebenso ein Beleg in M3. Da sich auch in den anderen Materialien Ansatzpunkte für die Diskussion finden, wie die in M1 erkennbaren Zuzüge oder die „immer längere[...] Aufenthaltsdauer“ in M2, leistet die abschließende Urteilsbildung auch eine Vertiefung der bereits erarbeiteten Inhalte, schließlich werden die Schüler*innen diese noch einmal in eigenen Worten wiedergeben. Es ist auch möglich, dass die Lernenden das von Vogel thematisierte „Erschrecken“ angesichts der Einwanderung besprechen wollen.

INFOBOX ZU DER STUDIE „KOMMUNALPOLITISCHE ASPEKTE DES WASCHSENDEN AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNGSANTEILS IN MÜNCHEN“

Hans Jochen Vogel war der Meinung, dass sich die Städte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so rasant verändert hätten, dass man eine durchdachte Planung brauche, um eine Stadt tatsächlich regieren zu können. Man müsse seines Erachtens mehr über die Stadt und die Menschen, die in ihr leben, wissen. Im Zuge dessen gelte es, auch die Migrationsbewegungen in die Stadt zu untersuchen. Einen zentralen Bestandteil dieser Analyse stellte die vom Münchner Stadtrat in Auftrag gegebene und 1972 veröffentlichte Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ dar. Darin sollte das Stadtentwicklungsreferat die bisherige Entwicklung des Ausländeranteils in München analysieren und eine Prognose für die künftigen Einwanderungsbewegungen entwerfen. Außerdem sollte erforscht werden, inwieweit Migranten*innen im Arbeitsbericht integriert sind und in welchem Maße sie öffentliche Einrichtungen in Anspruch nehmen. Auch eine Analyse der Auswirkungen der Einwanderungsbewegungen auf die Umgebung Münchens war angedacht. Diese städtischen Vorgaben wurden größtenteils erfüllt, darüber hinaus wurden auch Vorschläge für Optimierung der Migrationspolitik präsentiert.

INFOBOX ZUR BEZEICHNUNG DEUTSCHLANDS ALS EINWANDERUNGSLAND

Die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, wurde in Politik und Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg kontrovers diskutiert. Bis zum Antritt der rot-grünen Bundesregierung 1998 wurde auf Bundesebene daran festgehalten, Deutschland nicht als Einwanderungsland zu begreifen und bezeichnen. Bereits in der Verwaltungsvorschrift zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 fand sich diese Feststellung. Auch im 1965 von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Ausländergesetz wurde dieser Grundsatz fixiert, demzufolge „eine Zuwanderung von Ausländern zu längerer Aufenthaltsnahmen [...] nicht unbeschränkt zugelassen werden“ könne. Demgegenüber stand eine aktive Anwerbepolitik, die einen Zuzug von ca. 14 Millionen Arbeitsmigrant*innen bis zum Anwerbestopp 1973 und damit auch eine Diskussion um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, nach sich zog. Der Anwerbestopp sollte die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Migrant*innen verringern, bewirkte jedoch das Gegenteil, da nun viele ausländische Arbeitskräfte ihre Familien nachholten. Dennoch hatte – unter anderem – der Wechsel der Anwerbepolitik zur Folge, dass die Diskussionen um die Frage nach dem Einwanderungsland, zu der nicht zuletzt die Münchner „Problemstudie“ von 1972 beigetragen hatte, in den 1970er Jahren wieder in den Hintergrund trat, bis der Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Heinz Kühn, 1978 sein Memorandum vorlegte. Darin stellte er hinsichtlich der Migrationsprozesse eine Entwicklung fest, die sich nicht mehr umkehren lasse, weshalb eine „vorbehaltlose und dauerhafte Integration“ anzustreben sei. Kühn stellte sich damit gegen das Credo des Nicht-Einwanderungslandes, allerdings wurden seine Überlegungen von den zuständigen Ministerien nicht aufgegriffen. Im Koalitionsvertrag der Union und der FDP 1982 wurde der politische Grundsatz, dass es sich bei der Bundesrepublik nicht um ein Einwanderungsland handle, erneut festgeschrieben.
Der Begriff des Einwanderungslandes wurde in den vergangenen Jahren im politischen Diskurs mehrfach mit unterschiedlichen semantischen Nuancen versehen, wonach unter anderem eine Trennung des „Zuwanderungslands“ (betone den temporären Aufenthalt) vom „Einwanderungsland“ (betone den dauerhaften Aufenthalt) stattfand oder der Begriff des „klassischen Einwanderungslandes“ in die Diskussion eingeführt wurde. Letztlich ist

daher von keiner verbindlichen Definition dieses Terminus auszugehen. Grundsätzlich kann der Begriff zunächst so gedeutet werden, dass ein über einen längeren Zeitraum zu konstatierendes positives Wanderungssaldo als Definitionskriterium ausreicht. Eine weitere Lesart besteht darin, über den bloßen Zuzug hinaus die Dauerhaftigkeit des Aufenthalts als zentralen Aspekt anzusehen. Die aktive Förderung des Zuzugs von Migrant*innen, wie sie in der sogenannten Gastarbeiterphase praktiziert wurde, kann schließlich ebenso als Definitionskriterium gesehen werden wie die staatliche Förderungen eines dauerhaften Verbleibs mit entsprechenden Integrationsmaßnahmen.

LITERATUR

Grundsätze der Ausländerpolitik, 03./04.06.1965, in: Bundesarchiv Koblenz B 106/69872.

Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972 (v.a. S. 34).

Karl-Heinz Meier-Braun: Einleitung: Deutschland Einwanderungsland, in: ders./Reinhold Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart 2013, S. 15-27, hier S. 17.

Jochen Oltmer: Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland, in: Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart 2013, S. 225 f.

Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Bonn, September 1979, in: Bundesarchiv Koblenz B 149/83780, S. 2, 12.

Philip Zölls: Der vergessene Integrationsdiskurs. München als Einwanderungsstadt in den 1960er und 1970er Jahren, in: Hans-Joachim Hecker/Andreas Heusler/Michael Stephan (Hg.): Stadt, Region, Migration – Zum Wandel urbaner und regionaler Räume (Stadt in der Geschichte 42), Ostfildern 2017, S. 251-271.

Ders.: Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken, München 2019, S. 114, 191-198.

3 AUS DEM LEBEN DER „GASTARBEITER*INNEN“

Makbule Kurnaz

Die Zeitzeugin Makbule Kurnaz aus Tokat in der Türkei berichtet:

Makbule Kurnaz, 2018
Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

Das erste Mal [bin ich] mit [dem] Flugzeug gekommen, da habe ich gesehen: Es war Juni, schön, München war wie [im] Paradies, grün, Blumen, alles schön. Dann sind wir, über 20 Leute, zum Hauptbahnhof zum Bunker gefahren, mit [dem] Bus, mit Dolmetscher. Dort hat [man] uns verteilt, wer zu welcher Firma geht. Ich bin mit noch ein paar Leuten zum Siemens-Heim gefahren, mit Dolmetscher. Aber der Bunker war für mich schrecklich. Wie ich gekommen bin, keine Luft, keine Fenster, über 200 Leute [aus] verschiedenen Ländern. [Wir wurden] mit Nummern aufgerufen und mit Dolmetschern. Damals hat es ein Brot gegeben, Semmel, drin war Toastkäse, gelb. Das habe ich das erste Mal gesehen. „Was ist los? Ich kenne das nicht, ob [es] Salami oder Schwein oder was [ist].“ Aber der Dolmetscher hat uns gesagt: Das ist ein deutscher oder holländischer Käse. Das haben wir gegessen, später sind wir zum Siemens-Wohnheim gefahren, mit [dem] Dolmetscher wieder. [Er] hat uns [den] Schlüssel gegeben, Mietvertrag gemacht und vier Mädchen in ein Zimmer verteilt. Wir [kannten] uns gar nicht. Eine war aus Istanbul, ich bin aus [der] Nordtürkei, die andere war vom Land. Und da haben wir Schlüssel bekommen und sind die ersten zwei Nächte zusammen gewesen. Am Montag [hat] gleich [bei] Siemens [die] Arbeit angefangen. Wie ich [das große Gebäude] gesehen habe: „Mein Gott, was mache ich da? Wie kann ich [hier] arbeiten [mit] keinem Wort Deutsch?“ Dann hat [der] Dolmetscher uns alles gezeigt natürlich. Am ersten Tag arbeitet dort eine Frau, blond, blaue Augen, genau wie deutsche Leute. Da hat [der] Dolmetscher gesagt: „Sie müssen da arbeiten. Die Frau hilft dir.“ Da habe ich gesagt: „Was soll ich mit dieser Wurst-Frau, ich verstehe kein Wort Deutsch.“ Da sagt sie: „Ich bin Türkin, komm, ich bin aus dieser Stadt.“ Und so haben wir uns kennengelernt. Ich habe immer noch Kontakt, seit 46 Jahren. So habe ich die Arbeit angefangen. Die ersten paar Tage waren schlecht. [Ich habe] einen Topf, Teller, Gabel, Löffel mitgebracht, da haben wir etwas bekommen vom Heimleiter, gekocht, gegessen, aber es war wie träumen. [Die] Arbeit war schwer, aber [er] hat uns gesagt, [wie es geht] mit Farben, Knöpfen, irgendwie mit Buchstaben und Zahlen und so habe ich es gelernt. Ein paar Monate später habe ich gedacht: „Ich kann hier nicht bleiben, besser weggehen.“ Wenn ich weggehe, muss ich heiraten. Wenn ich nicht weggehe, [ist der] Anfang schwer in Deutschland. Aber [ich] habe mir Mühe gegeben, [ich] habe erst einmal drei Monate [gleich einen] [Sprach-]Kurs gemacht […], dann bin ich arbeiten gegangen. [Nach einem] Jahr habe ich entschieden: doch, ich bleibe da. Dann bin ich geblieben.

Eine Sporttasche, was zum Anziehen, Unterwäsche und noch ein paar [Sachen]. [Man] hat gesagt: „Es wird kalt!“ Aber [ich] bin im Juni gekommen, habe nicht viel mitgebracht. Einen Topf, einen Teller, Gabel, Löffel [habe ich] mitgebracht. Mehr nicht.

Wir [mussten] jedes Jahr den Pass verlängern beim türkischen Konsulat und auch gleich [zur] Kreisverwaltung gehen, um einen Stempel zu bekommen. Die Aufenthaltserlaubnis war am Anfang immer ein Jahr, zwei Jahre, [dann wurden] fünf Jahre gegeben. Später hatte ich [eine] unbefristete [Aufenthaltserlaubnis] bekommen von der Kreisverwaltung. Dann gab es kein Problem mehr, auch die Arbeitserlaubnis war unbefristet und die Aufenthaltserlaubnis war auch unbefristet. Jetzt habe ich eine Aufenthaltsberechtigung.

Damals [gab] es nicht viel Aktivität mit den Behörden, [das] kann ich ehrlich sagen, jetzt merke ich das. Jetzt […], Gott sei Dank, spreche ich ein bisschen – ob genug oder nicht –, aber ich helfe vielen Leuten, die die deutsche Sprache nicht

können. Damals [hat die] Behörde, wenn man nicht [Deutsch] sprechen [konnte], schon Schwierigkeiten gemacht. Ich merke das erst jetzt. Sie sagen: „Was ist? Warum? Wieso?“ Sie wissen warum, wir sind für [den] Aufenthalt da, da ist der Pass, da ist das Datum abgelaufen oder noch zwei Tage [gültig]. Da hat eine – nicht eine, mehrere – gesagt: „Sie müssen aber Deutsch lernen, wenn Sie hier bleiben wollen, wenn Sie die Verlängerung haben [wollen].“ Aber wir geben [uns doch] Mühe, aber können nicht das Kursgeld bezahlen [...] oder die Familie [hat] keine Zeit. Das habe ich schon mal gehört, aber ich bin immer ohne Dolmetscher gegangen [und habe] so etwas immer alleine geschafft, auch für meinen Mann, meine Kinder, von der Schule, was da sein musste. Später – daran bin ich wahrscheinlich gewöhnt – habe ich vielen Leuten geholfen, ich helfe immer noch. Immer noch [gibt es] so Leute, sie sind 50 Jahre da und sprechen nicht einmal 50 Wörter Deutsch. Ich helfe gerne, ehrenamtlich.

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Schildern Sie den ersten Eindruck, den Makbule Kurnaz von München hatte, und legen Sie dar, wie sie den weiteren Aufnahmeprozess erlebte.

2. Erschließen Sie, warum Makbule Kurnaz der Anlernprozess bei Siemens so schwerfiel. Erarbeiten Sie Faktoren, die in dieser Situation hilfreich für Makbule Kurnaz waren.

3. Erarbeiten Sie Gründe, warum Migrant*innen laut Makbule Kurnaz zum Teil nicht an Sprachkursen teilnahmen. Überlegen Sie sich weitere Erklärungen.

4. Beschreiben Sie den Umgang der Behörden mit Makbule Kurnaz.

5. Bewerten Sie vor dem Hintergrund der geschilderten anfänglichen Probleme von zuziehenden Arbeiter*innen die Bedeutung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, wie Makbule Kurnaz sie ausführt.

Theodoros Gavras

Der Zeitzeuge Theodoros Gavras aus Platamon in Griechenland berichtet:

Theodoros Gavras, 2018
Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

Die Idee, nach Deutschland auszuwandern, ist dadurch entstanden, dass wir immer wieder Urlauber – also griechische „Gastarbeiter“, die früher in Deutschland waren – in Griechenland getroffen haben. Die haben uns […] erzählt, wie wunderbar hier alles ist. Ja, also dass man hier, also, nur Knöpfe drücken muss und dass hier, also, Gerechtigkeit herrscht und gleiche Chancen. [Wer] etwas kann, der kann auch hoffen, dass er vorwärtskommt. Und das hat uns auch irgendwie imponiert. Also wenn dem so ist, dass [man] nur mit Knöpfe drücken Geld verdienen kann, dann möchte ich auch nach Deutschland. Das war auch die Idee, hierher zu kommen. Aber, wie gesagt, mein Pech [war], [dass] ich zwar Knöpfe drücken [musste], aber die waren nicht so geruchlos und auch nicht irgendwie in so einer klimatisierten Anlage, sondern eben in [einer] Hitze von über 80°C und der Gestank war unerträglich. Das war eben der Grund, weshalb ich hierhergekommen bin. Aber politisch, wie gesagt, waren wir hier weiterhin aktiv für die Partei [sozialistische bzw. sozialdemokratische Partei, Anm. d. Red.] und man hat doch im Betrieb sehr schnell herausgefunden, wer die gleiche Idee [hatte] oder gleichgesinnt war, und mit denen haben wir dann eine lose Gruppe gebildet. Und über die Gewerkschaftsarbeit haben wir immer wieder [auf] unsere Landsleute eingewirkt, in die Gewerkschaft einzutreten, Gewerkschaftsmitglied zu werden, weil nur dadurch ist es möglich, dass, also, die gesamte Arbeitnehmerschaft [sich] bessere Chancen erhoffen kann; dass man Lohnerhöhungen durchboxen kann, bessere Arbeitsbedingungen und alles, was mit der Arbeitswelt zusammenhängt. Unterstützung, wie gesagt, und immer wieder Helfer hatten wir in unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen gefunden. Die hatten sehr viel Geduld mit uns. Weil es ist nicht ganz einfach, wenn man mit Leuten spricht und mit Leuten zusammenarbeitet, die der Sprache nicht mächtig sind und die nicht das verstehen, was, also, einer meint. Die waren sehr, sehr geduldig mit uns und die haben uns über all diese schwierigen Phasen hinweggeholfen. Und dafür sind wir dankbar und ich bin ewig dankbar [für] all diese Mitarbeiter, mit denen ich damals zusammengearbeitet habe.

Die Wohnheime habe ich sehr schnell verlassen bei Metzeler. Das war also eine kurze Zeit für mich, [denn es] wohnten doch sechs Personen in einem Raum von ungefähr 12 m². Das ginge noch, das Problem war, dass all diese Menschen in unterschiedlichen Schichten gearbeitet haben. Ja, so gab es überhaupt keine Möglichkeit [sich] auszuruhen. Gut, es gab Gemeinschaftsräume, zum Beispiel eine Küche und ein Bad und WC usw. Aber [die Schlafräume] waren für sechs Personen, so Etagenbetten. Das habe ich doch nicht lange ausgehalten. Und, wie gesagt, [ich] habe im Betrieb jemanden kennengelernt, [der] sagte: „Ich wüsste jemanden in Olching draußen, das ist mein Spezi, der spielt Fußball.“ Ich war auch begeisterter Fußballspieler. Dann haben wir uns kennengelernt, [sind] zu den Eltern hingegangen. „Papa“, sagt der Freddi, „der Theo wohnt [von] nun an bei uns.“ „Ja, wenn du meinst. Woher kommst du?“ und und und … so ein Gespräch [war das]. Da haben wir uns sofort gut verstanden, dort habe ich jahrelang gewohnt, bis ich eben geheiratet habe. Und, ja, in Gröbenzell [habe ich] auch Fußball gespielt.

Wir haben doch einiges bewegen können. Und zwar nicht nur wir vom Ausländerbeirat, weil wir haben […] die Forderungen zunächst mal an den Stadtrat herangetragen und der Stadtrat – je nach Lage – hat viele von unseren Forderungen auch akzeptiert und in Stadtratsbeschlüsse umgewandelt. Zum Beispiel was aufenthaltsrechtliche Probleme [betraf]. Früher war es, als wir hierherkamen, dass man den Aufenthalt alle Jahre hatte verlängern lassen müssen. Wir liefen alle Jahre zum Kreisverwaltungsreferat hin mit der Bitte oder mit dem ausgefüllten Antrag „Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis“. Aber das war nicht das Problem. Sondern es war alles gekoppelt an die Arbeitserlaubnis. Fehlte die Arbeitserlaubnis, konnte die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert werden; fehlte die Aufenthaltserlaubnis, konnte die Arbeitserlaubnis nicht erstellt werden. Es war ein Teufelskreis. Die damalige Forderung von uns: Zunächst mal Aufenthaltsgenehmigung, und zwar längerfristig, damit auch eine Perspektive für die Menschen hier eröffnet wird, damit

sie längerfristig planen können. Zunächst mal die unbefristete Aufenthaltserlaubnis, dann eben die Aufenthaltsberechtigung. Genauso soll die Arbeitserlaubnis gestaltet werden: zunächst mal die einjährige, dann die fünfjährige, dann die unbefristete Arbeitserlaubnis. All diese Dinge sind inzwischen gängige Praxis, kein Thema. […] Der Ausländerbeirat hat doch einiges bewirken können und notabene auch dazu beigetragen, dass inzwischen das politische Klima in München besser wurde. Parteien, die damals gewisse Vorbehalte hatten und einen Abstand von uns wahrten, sind inzwischen der Meinung, es ist schon richtig, dass wir Institutionen haben wie einen Ausländerbeirat, es ist auch richtig, dass die Bürgerinnen und Bürger – inzwischen sind sie nicht mehr „Gastarbeiter“, sondern ausländisch oder Menschen mit Migrationshintergrund – es ist auch gut und förderlich, dass sie Parteimitglieder werden. Und jetzt haben wir doch alle Facetten. Menschen mit Migrationshintergrund, Mitglieder, Parteimitglieder, die sind in allen Bereichen vertreten – und es läuft alles prima und es gibt überhaupt keine Auseinandersetzungen in der Gesellschaft.

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie die Beweggründe Theodoros Gavras‘, nach Deutschland zu kommen.

2. Erläutern Sie die Schwierigkeiten, mit denen Theodoros Gavras in Deutschland konfrontiert war.

3. Stellen Sie dar, inwieweit Theodoros Gavras selbst die Initiative bei der Lösung seiner herausfordernden Situation ergriffen hat.

4. Bewerten Sie das politische Engagement einzelner Migrant*innen im Hinblick auf die Wirkung für alle Zuziehenden sowie für die gesamte Gesellschaft.

Eleni Tsakmaki

Die Zeitzeugin Eleni Tsakmaki aus Zagliveri in Griechenland berichtet:

Eleni Tsakmaki, 2018
Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

Hier ist die Aufenthaltserlaubnis, [19]61, Juli [19]61. Dieser Vertrag, den der Onkel geschickt hat, wir mussten [nach] Saloniki gehen, [zur] Arbeitsvermittlung, um dort alle Papiere fertig zu machen, dass wir dann nachher nach Deutschland [konnten]. Und dort waren auch die deutschen Ärzte, [die] uns ganz gut untersucht [haben]. Hier ist ein Foto von den deutschen Ärzten, die uns untersucht haben. Es musste alles gesund [sein]. Die haben alles geschaut, dass wir ganz gesund waren, auch die Augen, die Zähne und Brust und Blut und Urin und alles. Und wir mussten 18 – 35 Jahre alt sein, Ältere nicht. Und dann haben wir alle die Papiere fertig gemacht und wir [sind] dann wieder nach Hause gegangen und wir haben unseren Haushalt untereinander... also wir mussten dann über die Kinder [nach]denken, wohin mit den Kindern. Dann hat meine Mutter meinen Sohn aufgenommen, der war zweieinhalb Jahre alt, und meine Schwiegermutter hat unsere Tochter aufgenommen, die war viereinhalb Jahre alt. Sogar [die Kinder] mussten sich trennen und in verschiedenen Städten leben, [die] 200 km weit [voneinander entfernt] waren. Und die Sachen waren also extra für meine Tochter, extra für unseren Sohn, extra für uns nach Deutschland. Und ja, alle haben gesagt: „Keine Sorge, wir passen gut auf deine Kinder auf.“ Und ja, wir haben gedacht: „Na ja, für ein paar Jahre ist [es] nicht so schlimm.“ Und wir sind dann nachher in den Zug gestiegen, um nach Deutschland zu kommen. Hier sind wir, mein Mann und ich, im Zug von Saloniki nach Athen. Hier ist das Schiff, die Kolokotronis, das uns von Piräus nach Brindisi gebracht hat. [Es] war voll [mit] Auswanderern. Und im Schiff drin waren keine Alten und keine Kinder dabei. Wir waren alle jung, kräftig und lustig, dass wir [dorthin arbeiten] gehen mit vielen Träumen, nur mit einem Umschlag in der Hand. Wir konnten überhaupt nicht Deutsch sprechen, gar nicht. Nur mit diesem Kuvert, das die uns gegeben haben, mit diesem [sind wir] weitergefahren. Dort haben [sie uns] eine Tüte mit Proviant, etwas zum Essen [gegeben] und in Brindisi hat uns ein Komitee von deutschen Frauen [erwartet]. [Die] haben unsere Namen laut gesagt, die haben uns alle zusammengesammelt. Vom Bahnhof in Brindisi [sind wir] wieder in einen Zug und nach München, Gleis 11, gekommen. Und dann durch die Stimme von einem Dolmetscher – wir waren alle unten im Bunker, da war ein Keller unten – und dort haben wir gewartet, die haben uns einen Kaffee gegeben oder was, ich weiß es nicht was, eine Banane oder was [sie uns] gegeben haben, und dann nachher ist wieder der Dolmetscher gekommen und hat auf unsere Papiere geschaut, dass wir nach Mühlacker fahren [müssten]. Dort war dieser Arbeitsvertrag für uns. Und wir sind wieder in einen Zug gestiegen, in Stuttgart noch einmal in einen anderen Zug nach Mühlacker. Und dort hat uns der Direktor oder Chef [abgeholt] von der Firma Zipf und Sohn [– so hat sie geheißen –], eine kleine Firma in der Form einer Baracke, drinnen waren ungefähr um die 20 Maschinen, 30 Maschinen. Und […] die haben so Metallstücke produziert und dort haben wir Akkord gearbeitet. Zum Beispiel hat der Meistro [auf] einen Zettel „200“ geschrieben, dann mussten wir für den Stundenlohn 200 Stück schaffen. Wenn [wir] mehr arbeiten und mehr Stücke rauskommen, dann hätten wir mehr Geld gekriegt. Und wir haben gedacht: „Ach, wir [arbeiten] schnell, [damit] wir mehr Geld bekommen und [so] schnell wie möglich wieder zu unseren Kindern zurückkehren [können].“ Und darum haben wir alle so schnell gearbeitet. [Den] ersten Monat haben wir etwas mehr Geld gekriegt, aber [im] nächsten Monat ist die Stückzahl erhöht [worden] und für mehr Arbeit haben wir [wieder] das gleiche Geld gekriegt. Also so war das. In Mühlacker sind wir geblieben ungefähr um die fünf Jahre, ohne unsere Kinder, ohne gar nichts.

Du verlässt deine Heimat, dein Haus, deine Kinder, die Verwandtschaft, die Mutter und alles, und dann bist du hier ganz alleine. Dann arbeitest du, bloß das Geld verdienen und etwas zu machen. Wir wollten [die Kinder] nicht so viele Jahre alleine lassen, wir wollten nur ein besseres Leben haben – für uns und für unsere Kinder. Weil […] es in der Heimat kein gutes Leben gegeben [hat], mussten wir irgendwas machen. […]

Diese unerträgliche Trennung von unseren Kindern, sie haben so viel geweint. Das waren nicht nur meine Kinder, [die ich] fünf lang Jahre alleine zurückgelassen [habe], da waren tausende Kinder, die [die] Leute alleine zurückgelassen haben. Und für diese Kinder wollte ich mich von allen Müttern, von allen Eltern [mit meinen Büchern, Anm. d. Red.] entschuldigen. [Als] ich mein Leben niedergeschrieben habe, habe ich ganz schnell geschrieben, weil ich habe alles [erlebt]. Das war mein Leben. Und ich habe auch geweint, habe gelacht, bis ich das alles fertig [hatte]. Und [beim] zweiten Buch auch. Wie war ich mit allen Schwierigkeiten in Deutschland. Und mit den Freunden – auch gute und schlechte Tage, [die] ich hier erlebt habe. Und nachher habe ich gedacht: Nicht nur meine Biografie, ich kann auch [über] meine Landsleute was schreiben, [denn] die haben auch viel zu erzählen.
Was soll ich [heute] in Griechenland machen nach so vielen Jahren. Ich gehe ein bisschen. Ich sehe die Leute, [die] zurückgeblieben sind. Aber nicht mehr so viele, alle sind gestorben. Und die jungen Leute, die kennen uns nicht. Und ein bisschen unser Haus... Wir haben ein Haus dort gebaut, und [darin] wohnt keiner. Wir müssen ein bisschen saubermachen, aufmachen für ein paar Wochen... und wieder zurück. [Der] Fehler war, dass wir von Anfang an [nicht gewusst haben], dass wir so viele Jahre hier bleiben. Dann hätten wir unser Leben noch besser gemacht. Dann hätten wir eine Wohnung hier gekauft, [anstatt] in Griechenland. Was soll ich jetzt in Griechenland mit dieser Wohnung? Dann hätte ich viel mehr verreisen [können] oder [ein] noch besseres Leben gemacht. Aber diese Unsicherheit, dass wir so lange hier bleiben... weil wir nennen uns alle „Gastarbeiter“, die gehen wieder zurück.

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Skizzieren Sie den Vorgang der Auswanderung, wie ihn Eleni Tsakmaki erlebte.

2. Schildern Sie die Grundstimmung, mit der die Tsakmakis nach Deutschland aufbrachen, und stellen Sie Vermutungen an, weshalb sich diese nach der Ankunft verändert haben könnte.

3. Erläutern Sie, welche Konsequenzen die Annahme, sogenannte Gastarbeiter*innen würden nur für eine begrenzte Zeit nach Deutschland gehen, für die Tsakmakis nach sich zog. Bewerten Sie diese Erwartungshaltung des Gesetzgebers.

4. Eleni Tsakmaki schrieb ihre Erfahrungen und Erlebnisse später nieder. Bewerten Sie, inwieweit Schreiben ein hilfreiches Mittel der Aufarbeitung sein kann.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Bei dieser Unterrichtseinheit liegen drei Arbeitsblätter vor, mit denen man sich entweder nacheinander oder arbeitsteilig in Form von Gruppenarbeit beschäftigen kann. Im Fokus stehen im Sinne der Methode *Oral History* lebensgeschichtliche Interviews, die das Stadtarchiv München mit Migrant*innen geführt und audiovisuell aufgezeichnet hat. Zwar wird somit auf den Teil der eigenständigen Fragenentwicklung durch die Schüler*innen verzichtet, dafür wird mittels der Videos bzw. der entsprechenden Transkripte eine zeitökonomische Variante geboten, um den Lernenden einen unvermittelten, individuellen Zugang zur Geschichte zu ermöglichen. Durch die Betrachtung mehrerer Interviews wird den Schüler*innen eine Vielfalt an Narrationen präsentiert, die innerhalb der Unterrichtssequenz ein unabdingbares Gegengewicht zu den Quellen aus dem Verwaltungsbereich darstellen. Die ausgewählten Interviews thematisieren zunächst die Ankunft und die ersten Eindrücke und Erfahrungen in dem neuen Land, die jede*r ganz individuell wahrgenommen hat. Die Schüler*innen können unter anderem hier ganz deutlich die Perspektivität von historischer Narration erkennen – und dabei zweifellos auch auf viele Gemeinsamkeiten in den Erlebnissen der drei Befragten stoßen.

Zum Interview mit Makbule Kurnaz:

Hintergrundinformation: Makbule Kurnaz kam aus Tokat in der Nordtürkei nach München, um bei Siemens Bauelemente in der Balanstraße zu arbeiten. Dies war für sie eine Alternative zu einer Hochzeit in der Türkei. Später gründete Frau Kurnaz in München eine Familie und blieb auch nach der Trennung von ihrem Mann dort. Heute unterstützt Frau Kurnaz ehrenamtlich Menschen, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind wie sie bei ihrer Ankunft in München.

Arbeitsaufträge: Die Schilderungen von Frau Kurnaz lassen die Zuhörer*innen teilhaben an einer beängstigenden Ankunft im Bunker in München, wo viele Personen auf engem Raum versammelt und mit einer unbekannten Situation konfrontiert wurden. Dass sich Makbule Kurnaz nach so vielen Jahren noch an die erste Mahlzeit in Deutschland erinnert, zeigt, wie einschneidend das Erlebnis für sie war, und veranschaulicht einen interessanten Aspekt von Zeitzeugenberichten: Das erzählte und damit das erinnerte Geschehen stellt eine zentrale subjektive Erinnerung dar, schließlich wurde sie im Gedächtnis bewahrt und wird nun – anstelle von anderen Geschehnissen – wiedergegeben. Möglicherweise führen die Schüler*innen bei dieser Aufgabe auch die stereotypen Vorstellungen an, die Frau Kurnaz von „deutsche[n] Leute[n]“ hatte. In diesem Fall kann thematisiert werden, dass die Migrant*innen bestimmte Annahmen von Deutschland und den dort lebenden Menschen mitbrachten, die sie im Vorfeld geprägt hatten und die – auch das zeigen die Aussagen von Frau Kurnaz – oftmals schnell wieder gebrochen wurden. Im Rahmen von Arbeitsauftrag 2 erarbeiten die Schüler*innen die Sprachbarriere als gewichtige Herausforderung für die Migrant*innen. Gerade vor diesem Hintergrund waren Sprachkurse ein wichtiges Instrument der Orientierung bzw. Integration. Arbeitsauftrag 3 nimmt die Gründe in den Blick, denen zufolge dennoch viele Zugewanderte an keinem Sprachkurs teilnahmen: Neben den von Frau Kurnaz genannten Aspekten wie fehlendes Geld für die Kursgebühren oder mangelnde Zeit wäre unter anderem auch die von Eleni Tsakmaki geschilderte Haltung, dass man nur für begrenzte Zeit hier sei, denkbar. Außerdem sollte darauf hingewiesen werden, dass häufig – vor allem bei kleineren Firmen – entsprechende Angebote fehlten. Bei Aufgabe 4 arbeiten die Schüler*innen die fehlende Beratung der Migrant*innen durch die Behörden aus dem Zeitzeugeninterview heraus. Frau Kurnaz spricht davon, dass die Behörden Schwierigkeiten gemacht hätten, wobei in der Klasse beispielsweise über mögliche Motive der Beamt*innen für ihr Verhalten diskutiert werden kann. Auf der Grundlage der schwierigen Situation für die neu ankommenden Migrant*innen – wobei zusätzlich weitreichende Folgen wie Unsicherheit, seelische Belastungen oder Ausbeutung besprochen werden können – sollen die Schüler*innen bei Aufgabe 5 schließlich zu einem Werturteil hinsichtlich der Bedeutung einer ehrenamtlichen Tätigkeit gelangen.

Zum Interview mit Theodoros Gavras:

Hintergrundinformation: Theodoros Gavras wurde 1940 in Nordgriechenland geboren. Direkt nach seiner Einstellung bei der Firma Metzeler, die sich auf die Herstellung von Kunststoff- und Gummierzeugnisse spezialisiert hatte, wurde er Gewerkschaftsmitglied und engagierte sich erst als Vertrauensmann im Betrieb und später als Gewerkschaftssekretär für den DGB. Dieser entsandte ihn 1974 in den Ausländerbeirat (den heutigen Migrationsbeirat), dessen Vorsitz Herr Gav-

ras von 1992 bis 1996 übernahm. Außerdem war Theodoros Gavras vom 1. Mai 1996 bis zum 30. April 2008 Mitglied des Münchner Stadtrats. Bevor Theodoros Gavras nach München kam, war er bereits in Griechenland politisch aktiv.
Arbeitsaufträge: Der erste Arbeitsauftrag dient dazu, die Beweggründe der Migrant*innen für den Zuzug nach München zu eruieren, um daraufhin im Rahmen der zweiten Aufgabe den Kontrast zwischen den Erwartungen und der Realität zu erkennen. Die Schüler*innen gelangen zu der Erkenntnis, dass neben äußerst harten Bedingungen im Arbeitsalltag und dem Problem der Sprachbarriere im Arbeitsbereich auch die Wohnsituation und die aufenthaltsrechtliche Stellung Schwierigkeiten darstellten. Beim dritten Arbeitsauftrag arbeiten die Lernenden heraus, dass Herr Gavras durch sein politisches Engagement und seine Mitwirkung im Sportverein aktiv Kontakte in dieser für ihn neuen, herausfordernden Situation knüpfte und so am öffentlichen Leben in München teilnahm. Über die Gewerkschaft und den Ausländerbeirat konnten die Bedingungen am Arbeitsplatz sowie die rechtliche Situation verbessert werden und aus einer Bekanntschaft aus dem Fußballverein ergab sich letztlich eine bessere Wohnsituation für ihn. Bei der abschließenden Bewertung des politischen Engagements Theodoros Gavras‘ können bei Bedarf von der Lehrkraft Impulse gesetzt werden: etwa, dass die von einzelnen Migrant*innen über den Ausländerbeirat angestoßenen Forderungen das Ziel haben, allen Zuziehenden die Teilhabe am öffentlichen Leben zu erleichtern, oder dass die offene Kommunikation von Missständen, unter denen eine Gruppe leidet, und deren Behebung eine konfliktarme Gesellschaft fördern können. Grundsätzlich ist auch denkbar, diesen Arbeitsauftrag über die Phase der sogenannten Gastarbeit hinaus auf die heutige Gesellschaft zu beziehen.

Zum Interview mit Eleni Tsakmaki:
Hintergrundinformation: Eleni Tsakmaki kam Anfang der 1960er Jahre aus Zagliveri in Griechenland nach München, wo sie – nach einem Aufenthalt in Mühlacker in Baden-Württemberg – seit 1968 im Schwabinger Krankenhaus beschäftigt war. In den 1990er Jahren begann Frau Tsakmaki, ihre Migrationserfahrungen in Büchern und Theaterstücken festzuhalten.

Arbeitsaufträge: Die Arbeitsaufträge 1 und 2 zielen darauf ab, dass die Schüler*innen gleichsam aus der Perspektive einer Migrantin den Prozess der Auswanderung und der Einwanderung nachvollziehen können. Sie erfahren dabei nicht nur historische Gegebenheiten, sie bekommen auch Einblicke in die Gefühlswelt der Migrant*innen, die von Vorfreunde bis hin zu Trennungsschmerz reichten. Bei Aufgabe 2 sind neben der mit fortschreitender Zeit immer belastenderen Trennung von den Kindern die Lohnbedingungen am Arbeitsplatz als mögliche Gründe für eine Änderung der anfänglichen Grundhaltung anzuführen. Der Arbeitsauftrag 3 nimmt die Folgen des vom Gesetzgeber intendierten Rotationsprinzips, wonach die sogenannten Gastarbeiter*innen jeweils nur für eine bestimmte Zeit in Deutschland bleiben sollten, in den Blick. Eleni Tsakmaki problematisiert die Erwartungshaltung, aufgrund derer man von einer absehbaren Beschäftigung in Deutschland ausging und entsprechend sein Leben plante. Diese Situation liefert auch eine Erklärung für das psychisch sehr belastende Zurücklassen der Kinder. Im Sinne der Urteilskompetenz sollen die Lernenden anschließend ein begründetes Werturteil zu diesem Modell fällen. Der letzte Arbeitsauftrag regt – wie bereits die Aufträge davor – dazu an, die Situation der Erzählenden nachzuempfinden und dabei die Tragweite der Belastungen Eleni Tsakmakis zu erkennen, schließlich hatte sie das starke Bedürfnis, das Zurücklassen der Kinder durch das Schreiben aufzuarbeiten und sich mit dem ersten Buch gleichsam bei den Kindern zu entschuldigen. Bei der Bewertung dieser Methode der Aufarbeitung können die Schüler*innen möglicherweise unter anderem den Aspekt anführen, dass es manchen Personen leichter fällt, das Erlebte niederzuschreiben, als sich im Gespräch einem Gegenüber anzuvertrauen. Die von Eleni Tsakmaki verfassten Bücher könnten beispielsweise im Rahmen einer Seminararbeit zum Thema literarische Traumabewältigung/Aufarbeitung der Vergangenheit analysiert werden. Es bietet sich außerdem an, die Frage nach anderen Formen der Verarbeitung anzuschließen.

Für alle drei Zeitzeugeninterviews lassen sich über die formulierten Arbeitsaufträge hinaus narrative Aufgaben entwerfen. So kann man beispielsweise aus der Perspektive Eleni Tsakmakis einen Tagebucheintrag am Abend vor der Abreise nach Deutschland anfertigen lassen, um ihre ambivalente Stimmung wiederzugeben. Im Sinne einer Abrundung sind ebenso übergeordnete Fragen denkbar, die alle Interviews mit einbeziehen, wie z.B.: „Mit welchen Herausforderungen waren alle drei befragten Zeitzeug*innen nach ihrer Ankunft in Deutschland konfrontiert? Die Zeitzeugeninterviews eignen sich außerdem, um die Aktualität der Themen Migration und Integration zu verdeutlichen. Ein Arbeitsauftrag,

im Zuge dessen die Schüler*innen beispielsweise ihre eigenen Erfahrungen teilen oder sich mit zugewanderten Personen aus ihrem Freundeskreis über deren anfängliche Schwierigkeiten in Deutschland unterhalten und dabei ihr eigenes Verhalten reflektieren, ermöglicht mit Blick auf die Orientierungskompetenz zum einen einen Vergleich zwischen der Geschichte und der Gegenwart und fördert zum anderen die empathische Perspektivenübernahme.

Im Anschluss an die Unterrichtssequenz könnten Schüler*innen im Rahmen eines Projekts oder einer Seminararbeit selbst Zeitzeugenbefragungen zur Migration durchführen, da nun sowohl im Hinblick auf die Methodenkompetenz als auch auf die Sachkompetenz die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, um ein vertieftes eigenständiges Zeitzeugen-Projekt zum Thema „Gastarbeit“ zu realisieren.

INFOBOX ZUM BUNKER AM MÜNCHNER HAUPTBAHNHOF

Im Jahr 1960 wurde der Luftschutzbunker unter dem Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs aus den Zeiten des Zweiten Weltkriegs zur „Zentralen Weiterleitungsstelle“ umfunktioniert. Direkt nach ihrer Ankunft am Hauptbahnhof wurden die Migrant*innen von Dolmetschern abgeholt und zum Bunkereingang geführt, der, nur wenige Schritte vom Gleiskopf entfernt, von den Behörden als praktische Sammelstelle angesehen wurde und außerdem verhindern sollte, dass vom Hauptbahnhof abmarschierende Gruppen mit viel Gepäck Erinnerungen an den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen während der NS-Zeit weckten. In den dunklen und engen Räumen erhielten die Ankommenden eine Erstverpflegung, die aus zwei Brötchen, Salami, Streichkäse, Bananen, Keksen und Schokolade bestand. Es wurde ihnen auch ein Kaffee gereicht. Menschen muslimischen Glaubens bekamen Rindersalami. Anschließend mussten die Migrant*innen dort meist mehrere Stunden auf die Weiterfahrt an ihren Arbeitsort oder auf die Abholung durch Münchner Arbeitgeber*innen warten. Übernachtungen in den unterirdischen Räumen waren zwar nicht die Regel, im Falle von Zugverspätungen mussten die Ankommenden aber die Nacht in den dortigen Etagenbetten verbringen. Nicht nur Personen, die mit den organisierten Sonderzügen ankamen, wurden im Bunker unter den Gleisen versammelt, auch Arbeitsuchende, die selbstständig anreisten, fanden sich zunächst dort ein, um den Kontakt zu ihren künftigen Arbeitgeber*innen zu erhalten. In den 1960er Jahren wurden wöchentlich bis zu 4.500 Ankommende im Bunker am Hauptbahnhof versammelt. Heute ist der Bunker nur noch im Rahmen von historischen Führungen zu begehen.

LITERATUR

Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972 (v. a. S. 167).

Philip Zölls Beitrag in diesem Heft.

Stephanie Lahrtz: Ihr Leben in Deutschland begann in einem Bunker beim Münchner Hauptbahnhof, 29.08.2019, https://www.nzz.ch/international/gastarbeiter-in-deutschland-ihr-neues-leben-begann-im-bunker-ld.1496839 [Stand: 17.02.2022].

4 MIGRANT*INNEN UND DER MÜNCHNER HAUPTBAHNHOF

M1: Der Münchner Merkur berichtete am 6. Juli 1966:

Sie machen den Bahnhof zum Basar

Bahnpolizei: „Gastarbeiter sind keine Untermenschen" – Kann „Balkanisierung" verhindert werden ?

Von unserem Redaktionsmitglied Erwin Stocker

Maßnahmen gegen die „Balkanisierung" der Bahnhöfe hat, wie wir gestern berichteten, der Pressedienst des Handels gefordert. An Bahnverwaltung und Polizei wurde die Frage gestellt, ob es keine Möglichkeit gebe, den Gastarbeitern klarzumachen, dass Bahnhöfe „nicht der richtige Ort für Daueraufenthalte und keine Massenquartiere der Freizeitgestaltung sind". Wir haben uns im Münchner Bahnhof – er dürfte im Bundesgebiet der Bahnhof sein, in dem die meisten Ausländer anzutreffen sind – umgesehen und mit dem Leiter der Bahnhofpolizei, Oberinspektor Willy Trey, über dieses Problem gesprochen.

Von den Leuten, die am Dienstagnachmittag auf den 20 marmorverkleideten Heizkörpern vor den Schaltern in der Haupthalle saßen, war jeder zweite ein Ausländer: Hautfarbe, Anzug und Sprache verrieten es sofort. „Dabei ist es heute eigentlich noch sehr ruhig, am Wochenende sieht es ganz anders aus", meinte der Leiter der Bahnhofspolizei. „Gastarbeiter in und um den Hauptbahnhof" – dieses Thema erhielt neue Aktualität, als bekannt wurde, dass der jetzt von der Kripo gefasste „König der Autoknacker" mit 26 Gastarbeitern, vorwiegend Griechen, zusammenarbeitete, die ihm als Hehler seine Beute abnahmen und weiterverkauften.

Gegenüber der Bayernpost, an der Ecke Bayer-/Mittererstraße, standen gestern Nachmittag sechs tief gebräunte Männer herum. Drei waren aus einem ramponierten Opel mit Zoll-Kennzeichen ausgestiegen. Der Wagen wird vermutlich bald in Saloniki, Belgrad oder Dubrovnik herumfahren, denn die „Bayernpost-Blase" hat sich, wie Eingeweihte wissen, darauf spezialisiert, in München und Umgebung alte Autos aufzukaufen und sie, entsprechend präpariert, als „Unfallwagen" zu exportieren.

Die Polizei macht zwischen diesen dunklen Figuren und dem Gros der harmlosen Gastarbeiter, die sich gerne am Hauptbahnhof aufhalten und stundenlang vor eine Tasse Kaffee sitzen, einen Unterschied. Oberinspektor Trey sieht das so: „Der Ärger, den wir ständig mit den Ausländern haben, steht uns bis obenhin, aber schließlich sind sie keine Untermenschen und wir können doch nicht ist SS-Methoden anwenden, um das Problem zu lösen. Der weitaus größte Teil der Gastarbeiter sind anständige Kerle, die sich in unserem Land völlig verlassen fühlen."

Die Gastarbeiter kommen vor allem am Wochenende in hellen Scharen aus ganz Bayern nach München. Sie fahren in die Landeshauptstadt, um hier eine Zeitung in ihrer Sprache zu bekommen und Landsleute aus der Heimat zu treffen. Oft ist es so, dass aus einer zehnköpfigen Gruppe von Türken nur einer lesen kann, er muss den anderen die wichtigsten Nachrichten vorlesen. Viele Griechen bevorzugen den Hauptbahnhof, weil er für sie der einzige Ort ist, in dem sie süße Milch in Form von Milchmixgetränken bekommen.

Die meisten Sorgen machen nach Trey die Türken, denn unter ihnen sind viele „Illegale", die allerdings von der Industrie sehr geschätzt sind, weil sie fleißiger sind als andere Gastarbeiter und ihren Arbeitsplatz um jeden Preis erhalten wollen. Sprachkundige Ausländer machen mit ihren unbeholfenen Landsleuten oft gute Geschäfte. Sie vermitteln beispielsweise illegal eingereisten Kollegen gegen Provision von 200 bis 1000 Mark in Arbeit und erledigen für sie Behördengänge.

„Die Bundesrepublik bemüht sich geradezu hysterisch, zu zeigen, dass sie ein überaus demokratisches Land ist und alle über sie verbreiteten gegensätzlichen Gerüchte unwahr sind. Und so lässt man auch gegenüber ausländi-

schen Kriminellen Milde und Nachsicht walten“, fährt Oberinspektor Trey fort. Es sei im Grunde ein politisches Problem, wenn die Bahnpolizei gerade gegenüber Ausländern und Gastarbeitern nicht mit dem nötigen Nachdruck für Ordnung sorgen kann. Der Leiter der Bahnpolizei verwahrt in seinem Presse-Akt auch Artikel aus großen ausländischen Zeitungen, in denen der Bahnpolizei Gestapo-Methoden vorgeworfen wurden, weil sie einmal gegen einen Türken, der sich monatelang arbeitslos im Hauptbahnhof herumgetrieben hatte, ein Bahnhofsverbot aussprach. Zurzeit sind 2000 Bahnhofsverbote registriert, nur 200 betreffen Ausländer.

„Wie könnte der Balkanisierung des Hauptbahnhofs und der Bahnhöfe allgemein entgegengewirkt werden?“, fragten wir Trey. „Ich befürchte, dass dieses Problem bei den uns zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln im Moment überhaupt nicht gelöst werden kann“, antwortete der Beamte. „Das Problem ist schließlich auch deshalb momentan unlösbar, weil man die neu zu uns kommenden Gastarbeiter – pro Jahr treffen etwa 150000 in München ein – viel zu wenig darüber aufklärt, wie sie sich hier verhalten sollen, um sich den Gegebenheiten des Gastlandes anzugleichen.“

Zu den vielen Schwierigkeiten kommt noch eine weitere: die Bahnhofspolizei hat, auch wenn sie eng mit der Münchner Stadtpolizei und deren Bahnhofswache zusammenarbeitet, zu wenig Beamte und zu viele anderen Aufgaben, um die Situation so meistern zu können, wie es immer wieder in der Öffentlichkeit gefordert wird. Meint der Leiter der Bahnhofspolizei: „Wir bemühen uns nach Kräften, den Hauptbahnhof ‚rein‘ zu halten, aber für einen Ausländer oder unliebsame Gastarbeiter, den wir endlich nach langer Beobachtung loswerden, kommen zehn andere.“

Es ist längst ein offenes Geheimnis, dass der Hauptbahnhof auch ein Treffpunkt von Hehlern, Schmugglern und anderen ausländischen Kriminellen ist, auf die die Kriminalpolizei ständig zu achten hat. Der Behauptung allerdings, dass immer wieder Frauen und Mädchen im Hauptbahnhof von Ausländern belästigt würden, steht die Tatsache gegenüber, dass bis jetzt erst eine Frau bei der Bahnpolizei eine entsprechende Anzeige erstattet hat.

Quelle: Münchner Merkur v. 06.06.1966, mit freundlicher Genehmigung der Münchner-Zeitungs-Verlags GmbH & Co. KG.

M2:

Türkische Arbeitnehmer*innen am Hauptbahnhof in München beim Lesen einer türkischen Tageszeitung
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Jürgen Schneck

M3:

Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs: Italienische Arbeitnehmer*innen auf dem Weg zum Zug nach Italien
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Georg Aczel

M4: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

Das Treffen auf öffentlichen Plätzen stellt für einen großen Teil der Ausländer eine Freizeitgewohnheit aus der Heimat dar. Solche Treffpunkte fehlen aber im Allgemeinen. Der Bahnhof ist nur ein unzureichender Ersatz. Er ist jedoch in München der einzige Ort, der annähernd die erforderlichen Eigenschaften eines Treffpunktes besitzt (gute Erreichbarkeit, große Kontaktwahrscheinlichkeit, Anonymität, Interessantheit, Wetterschutz). Gerade hier aber sind die Ausländer, vornehmlich seitens der Behörden, unerwünscht. 5

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 166.

Arbeitsaufträge:

1. Erschließen Sie anhand von M1 bis M4 Gründe, wieso sich ausländische Arbeiter*innen regelmäßig am Münchner Hauptbahnhof aufhalten.

2. Erarbeiten Sie die Probleme, die aus Sicht des Oberinspektors aufgezeigt werden, und nehmen Sie zu dessen Wortwahl sowie zur sprachlichen Gestaltung des Artikels Stellung.

3. Bewerten Sie, welches Bild der Zeitungsartikel von den ausländischen Arbeiter*innen zeichnet.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Das zentrale Lernziel dieser Unterrichtseinheit besteht darin, dass die Schüler*innen im Umgang mit einem Zeitungstext aus dem Jahr 1966 auf der Grundlage ihrer Wertmaßstäbe zu Urteilen gelangen.
Der Pressetext thematisiert eine „Balkanisierung" des Münchner Hauptbahnhofs. Da sich die zugezogenen Migrant*innen in den 1960er und auch 1970er Jahren in ihrer Freizeit tatsächlich regelmäßig am Münchner Hauptbahnhof aufhielten, sollen die Lernenden zunächst aus allen vorliegenden Materialien die Gründe für dieses Verhalten herausarbeiten. In M1 wird hierzu ausgeführt, dass man sich dort traf, um Freunde aus demselben Herkunftsland zu treffen. Ergänzend ist darauf zu verweisen, dass der Hauptbahnhof sehr vielen sogenannten Gastarbeiter*innen bekannt war, da Gleis 11 der erste Platz war, den man bei der Ankunft in Deutschland gesehen hatte. Die Bilder M2 und M3 lassen auf die Verfügbarkeit internationaler Presse am Bahnhof (auch in M1 zu finden) und auf das Abreisen ins bzw. Ankommen aus dem Heimatland sowie die Verabschiedung bzw. Begrüßung von Freunden als weitere Gründe schließen. Die Studie führt noch andere Motive wie z.B. die „Interessantheit" des Ortes an (vgl. M4).
Im Rahmen des zweiten Arbeitsauftrags erarbeiten die Schüler*innen das dargestellte Problem einer „Balkanisierung", wonach die ausländischen Arbeitnehmer*innen wochenends „in Scharen" nach München zum Bahnhof kommen und sich dort „stundenlang" aufhalten würden. Darüber hinaus prangert der Oberinspektor die Vermittlung illegal eingereister Arbeitsuchender aus der Türkei an. Bei der folgenden Sprachanalyse sollten die Lernenden unter anderem – mit Blick auf die jeweils transportierte Konnotation – die Verwendung des aus dem Persischen stammenden Begriffs des „Basars" und die Metapher „den Bahnhof ‚rein' halten" kritisch betrachten, um anschließend ein Werturteil zu fällen. Sicherlich sind für die Bearbeitung dieser Aufgabe zusätzliche Informationen der Lehrkraft nötig. Die Lernenden sollten beispielsweise darauf hingewiesen werden, dass es sich bei dem Begriff „Balkanisierung" um einen Neologismus aus den 1920er Jahren handelt, der in der Folge zunehmend für unsichere Regionen verwendet wurde, oder dass bei dem Ausdruck „Untermensch" ein nationalsozialistisch geprägter Begriff vorliegt, mit dem die Nationalsozialisten im Sinne ihrer Rassentheorie bestimmte Bevölkerungsgruppen dehumanisiert haben. Im Folgenden können die Schüler*innen sowohl auf der Basis der sprachlichen Analyse als auch vor dem Hintergrund der im Text enthaltenen Vorurteile bewerten, wie die ausländischen Arbeitnehmer*innen im vorliegenden Zeitungsartikel dargestellt werden. Die Schüler*innen werden möglicherweise eine Kriminalisierung ausländischer Migrant*innen und als Voraussetzung dafür die Einseitigkeit der Perspektive, derzufolge die Zugezogenen selbst nicht zu Wort kommen, anführen. Es ist auch denkbar, dass Schüler*innen in ihrer eigenständigen Bewertung ein Augenmerk auf die im Zeitungsartikel enthaltene beabsichtigte Relativierung legen, wonach der „weitaus größte Teil der Gastarbeiter" von der Kritik ausgenommen werde.
Daran anknüpfend bietet es sich abschließend an, die Perspektive und deren Wirkung bei den beiden Bildquellen zu untersuchen. Die Lernenden werden erkennen, dass der Blickwinkel des Fotografen bei M2 wirkt, als würde man selbst mit den türkischen Männern im Kreis stehen. Während man sich bei diesem Bild folglich mit den abgebildeten Migranten identifizieren kann, wird in M3 ein Blick von oben herab präsentiert, der eine Perspektivenübernahme und somit auch Empathie erschwert. Die Übernahme der Perspektive könnte vertieft werden, indem die Schüler*innen bei beiden Bildern Sprech- oder Gedankenblasen zu einzelnen Personen entwerfen.

LITERATUR

Tanja Zimmermann: Der Balkan zwischen Ost und West. Mediale Bilder und kulturpolitische Prägungen, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 17.

5 ASSIMILATION, EINGLIEDERUNG, INTEGRATION

*Die Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München" des Stadtentwicklungsreferats suchte nach Lösungen für die Probleme der zugezogenen Migrant*innen:*

Soll verhindert werden, dass es in der BRD zu Minderheitenproblemen nach dem Muster der USA kommt, müssen die in den vorausgehenden Abschnitten dargestellten Probleme des ausländischen Bevölkerungsanteils gelöst werden. Je länger ausländische Arbeitnehmer in der BRD leben, umso weniger werden sie sich mit ihren heutigen Lebensverhältnissen abfinden.
Sie werden zunehmend Vergleiche zum Wohn- und Lebensstandard der deutschen Bevölkerung ziehen und diesen auch für sich selbst fordern. Bleibt ihnen dieser verwehrt, kann sich sozialer Sprengstoff anhäufen, der zu politischer Radikalisierung und Kriminalisierung führt.
Um solche Entwicklungen zu vermeiden, ist es notwendig, Zielvorstellungen zu entwickeln, wie die Lebensverhältnisse dieser Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland verbessert werden können.
[…]

Verschiedene Ziele der Ausländerpolitik in der BRD werden häufig mit den Begriffen Integration, Assimilation oder Eingliederung gekennzeichnet. Der Sprachgebrauch war bisher sehr uneinheitlich. Die folgenden Definitionen sollen deutlich machen, dass diese Begriffe einen sehr bestimmten Inhalt haben und nicht beliebig verwendet werden können.

- Assimilation bedeutet, dass sich die ausländischen Zuwanderer an die Eigenarten und Gewohnheiten der deutschen Bevölkerung anpassen und ihren eigenen heimatlichen Lebensstil aufgeben; sie werden auf diese Weise langfristig ein Teil der einheimischen Bevölkerung.
- Integration bezeichnet einen Vorgang, bei dem sich die Ausländer nicht einseitig – wie bei der Assimilation – an deutsche Verhältnisse anpassen. Vielmehr nähern beide Gruppen ihr Verhalten und ihre Einstellungen wechselseitig aneinander. Das bedeutet praktisch, dass die ausländischen Zuwanderer in Stand gesetzt werden, gleichberechtigt in der BRD zu leben und alle Rechte wahrzunehmen. Die deutsche Gesellschaft muss gleichzeitig dieser Entwicklung entgegenkommen, und zwar durch Abbau von Vorurteilen, größeres Verständnis für andersartige Verhaltensweisen und Einstellungen, Verbreitung der Sprachen der hauptsächlichen Herkunftsländer usw. […] Integration schließt die politische und gesellschaftliche Gleichstellung ein. Sie geht über die Assimilation hinaus, da sie den Ausländern kulturelle Besonderheiten zugesteht, soweit diese sich mit den Gegebenheiten der aufnehmenden Gesellschaft vereinbaren lassen.
- Eingliederung ist ein Begriff, der in letzter Zeit vielfach im Zusammenhang mit der Ausländerproblematik verwendet wurde. Generell wurde damit eine Politik bezeichnet, welche die derzeitige problematische Lage der Ausländer überwinden soll. Er besitzt aber daneben noch andere, durchaus unterschiedliche Bedeutung. Zum Teil wird unter Eingliederung das Ziel verstanden, die Probleme der Ausländer während ihres kurzfristig verstandenen Aufenthalts nur so weit zu lösen, dass sie nicht in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werden und keine soziale Krisen ausgelöst werden. Das besagt, dass weder eine Assimilation noch eine Integration angestrebt wird. Häufig ist auch von „voller" oder „ständiger" Eingliederung die Rede. Damit dürfte eher eine Ausländerpolitik in Richtung Integration gemeint sein. Der entscheidende Mangel der Bezeichnung „Eingliederung" liegt also darin, dass sie unpräzise ist und verschieden ausgelegt werden kann.

[...]

Die vorausgehenden Analysen haben gezeigt, dass Ansätze zu Lösungen nur in einer Kombination von Sondermaßnahmen und allgemeinen strukturellen Verbesserungen gefunden werden können:
[…]

(a) Lösung der Probleme des ausländischen Bevölkerungsanteils durch Sondermaßnahmen

Als gezielte Maßnahmen sind u.a. notwendig:

- Informationshilfen
- Sprachhilfen
- Einrichtung von Sonderklassen für Ausländerkinder
- Schulaufgabenhilfe
- Intensivere Betreuung durch Wohlfahrtsverbände und Konsulate der Herkunftsländer

[…]

(b) Strukturelle Verbesserungen

Eine ausschließliche Politik der Sondermaßnahmen allein kann demnach keinen erfolgversprechenden Weg öffnen. Sondermaßnahmen sind offensichtlich nur ein Teil der erforderlichen Schritte. Hinzutreten müssen strukturelle Verbesserungen, die der Tatsache Rechnung tragen, dass viele Probleme der Ausländer keine Sonderprobleme dieser Gruppe sind, sondern allgemeine Probleme der unterversorgten Gruppen in der deutschen Gesellschaft.
Das bedeutet, dass die Verhältnisse in den Bereichen Wohnungsmarkt, Infrastruktur-Ausstattung und Bildungswesen, in denen die wesentlichen Probleme der Ausländer liegen, generell verbessert werden müssen. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen:

(aa) Verbesserung der Infrastruktur

Ziel der Ausländerpolitik müsste es aus dieser Sicht sein, Bedingungen zu schaffen,

- dass die zuwandernden Ausländer mühelos und ohne Benachteiligung der deutschen Bevölkerung aufgenommen werden können;
  und
- dass für die deutsche Bevölkerung kein Anlass besteht, ablehnende Haltungen gegenüber den Ausländern einzunehmen. […]

Eine solche Politik führt zu Forderungen, wie sie mehrfach und in verschiedenen Zusammenhängen auch durch den Stadtrat der Landeshauptstadt München erhoben wurden.
Dazu gehören eine

- grundlegende Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden als Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Infrastrukturplanung;
- eine Verstärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, um die Wohnungsnot zu lindern und zu beheben und um die Mietpreisentwicklung zu dämpfen;
- eine Reform des Bildungssystems.

Eine solche Politik müsste dazu führen, dass es zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung keinen Unterschied mehr gibt. […]

(bb) Verbesserung der rechtlichen Stellung

Die Benachteiligung der Ausländer gegenüber der deutschen Bevölkerung kann letztlich nur dann abgebaut werden, wenn die Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung der Ausländer an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse gegeben sind. Das verlangt eine weitgehende bürgerrechtliche Gleichstellung und, damit verbunden, eine Änderung der Aufenthaltsregelung.

- Forderung nach einer Änderung der bürgerrechtlichen Stellung
  Die derzeitige Rechtssituation bietet dem ausländischen Bevölkerungsanteil in der BRD kaum Möglichkeiten, auf den politischen Wegen, die im demokratischen Staat allen anderen Gruppen zur Verfügung stehen, Einfluss auf seine Lebensbedingungen zu nehmen.

Dieser Tatbestand gewinnt in dem Maße an Bedeutung, in dem der Anteil der Ausländer mit langer Anwesenheitsdauer in der BRD und fortschreitender Einbindung in die deutsche Gesellschaft wächst. Die Ausländer bilden eine zahlenmäßig bedeutende und wachsende Gruppe, die entscheidend zum Sozialprodukt dieses Landes beiträgt und in ihrer gesamten Existenz mit der deutschen Gesellschaft verflochten ist. Sie ist aber davon ausgeschlossen, im demokratischen Rahmen an der Gestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Im Gegenteil: Die Art der Aufenthaltsregelung und die bestehenden Ausweisungsbedingungen sind geeignet, jede Initiative in dieser Richtung zu unterbinden. […]

- Forderung nach einer Änderung der Aufenthaltsregelung
  Sollen sich die ausländischen Arbeitnehmer aktiv darum bemühen, in die deutschen Lebens- und Arbeitsverhältnisse hineinzuwachsen, so muss ihnen – soweit sie aus Ländern außerhalb des EWG-Bereiches kommen – die Angst genommen werden, dass sie in einer Reihe von Fällen wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Das gilt für einen Konjunktur-Rückgang, bei Nichtverlängerung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis oder bei einem Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Eine Revision der derzeitigen Aufenthaltsregelung ist deshalb notwendig. Die Möglichkeiten der Ausländer, ihre Aufenthaltsdauer in der BRD selbst zu bestimmen, müssen verbessert werden.

(cc) <u>Überwindung und Abbau von Vorurteilen</u>

Ein erhebliches Hindernis für die Anerkennung der ausländischen Zuwanderer besteht darin, dass Teile der deutschen Bevölkerung zu Vorurteilen neigen. Wie bereits dargestellt, wurzeln Vorurteile gegen Fremdgruppen meist in einer tatsächlichen oder vermuteten Konkurrenzsituation. […]
Versuche, durch Aufklärung und/oder Appelle an das Mitleid zum Abbau dieser Vorurteile beizutragen, führen unter solchen Voraussetzungen zu keinen Ergebnissen. Die bisherigen Erfahrungen, in der BRD bestätigen das. […] Umso vordringlicher ist das Ziel, die sozialen und infrastrukturellen Ursachen zu beseitigen, welche die Spannungen zwischen Ausländern und Deutschen auslösen.

(dd) <u>Grenzen der Aufnahmefähigkeit Münchens</u>

Nach den vorausgehenden Überlegungen stellt sich die Frage, wie viele Ausländer München aufnehmen kann, ohne einerseits Eigenart und Personalität zu verlieren und ohne andererseits die Ausländer zu zwingen, mehr von ihrer kulturellen Tradition aufzugeben, als sie von sich aus bereit sind.
In der Tat stellt die kulturelle Vielfalt der einwandernden Gruppen hohe Anforderungen an die Integrationskraft des Aufnahmelandes.
Eindeutig scheint es jedoch nach allen vorliegenden Erkenntnissen, dass Integrationskraft nicht in Zahlenwerten ausgedrückt worden kann. Sie ist vielmehr sehr weitgehend abhängig von der Bereitschaft, Zuwanderern gleiche Lebensbedingungen wie der einheimischen Bevölkerung zuzubilligen. […]

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 179, 181–184, 186–191.

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie Gründe, warum es nach Einschätzung der Studie wichtig ist, dass die in der vorhergehenden Unterrichtseinheit erarbeiteten Probleme der zuziehenden Arbeitnehmer*innen gelöst werden.

2. Grenzen Sie die Begriffe „Assimilation“, „Integration“ und „Eingliederung“ in eigenen Worten voneinander ab.

3. Fassen Sie die vorgeschlagenen Maßnahmen strukturiert zusammen und erläutern Sie, welchem der drei in Aufgabe 2 genannten Begriffe diese Vorschläge entsprechen.

4. Recherchieren Sie, welche Integrationsmaßnahmen und Programme es heute in Deutschland gibt, und überlegen Sie sich konkrete Aktionen an Schulen, welche die Integration, wie sie in der Studie beschrieben wird, fördern!

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Diese Unterrichtseinheit fokussiert Lösungsansätze für die in den beiden vorhergehenden Einheiten thematisierten Probleme der zugezogenen Migrant*innen.
In einem ersten Schritt sollen die Lernenden hierbei die in der Studie angeführten Gründe für die Notwendigkeit der Behebung dieser Probleme und damit letztlich für städtische Integrationsbemühungen eruieren. Dabei erkennen Sie, wieso man die Notwendigkeit aus großstädtischer Perspektive besonders betonte. Die Studie verweist hier zu Beginn des Ausschnitts auf die Gefahren eines entstehenden Subproletariats in der Stadt sowie einer politischen Radikalisierung und Kriminalisierung, wenn keine Angleichung der Lebensverhältnisse erfolge. Aus den vorhergehenden Einheiten wissen die Schüler*innen, dass die sogenannten Gastarbeiter*innen entgegen der Semantik dieses Begriffs tendenziell für längere Zeit in Deutschland bleiben, was der Studie zufolge ebenfalls als Grund anzusehen ist.
In einem nächsten Schritt sollen die Schüler*innen die drei genannten unterschiedlichen Zielvorstellungen der Migrationspolitik durch die Wiedergabe in eigenen Worte, ggf. im Gespräch mit dem*der Banknachbar*in, inhaltlich durchdringen und voneinander abgrenzen, um die geschilderten Maßnahmen im dritten Arbeitsauftrag einem der Ziele zuordnen zu können. Die Lernenden stellen fest, dass die „strukturellen Verbesserungen“ über eine „Eingliederung“ und damit eine zeitlich begrenzte Problemlösung hinausgehen und der Definition von „Integration“ entsprechen. Die Studie enthält folglich eine klare Wertung in Bezug auf die drei genannten Ziele, wobei die „Integration“ favorisiert wird.
Da der Integrationsbegriff auch aktuell unter anderem im Zusammenhang mit integrativen Maßnahmen gängig ist, bietet es sich an, dass die Lernenden zum Abschluss dieser Einheit nach konkreten Beispielen suchen oder die ihnen bekannten Programme und Maßnahmen spontan in einem Unterrichtsgespräch einbringen. Denkbar ist, dass u.a. Integrationskurse, Integrationspreise oder die bayerischen Berufsintegrationsklassen (BIK) angeführt werden. Dabei kann beispielweise diskutiert werden, inwieweit es sich hierbei tatsächlich um Maßnahmen handelt, die den damaligen Forderungen der Studie entsprechen. Abschließend können die Lernenden selbst Vorschläge für integrative Aktionen machen, welche die Kommunikation zwischen den Schüler*innen fördern (z.B. Hausaufgabenbetreuung für Klassenkameraden*innen, die gerade erst die deutsche Sprache erlernen; interkulturelle Aktionstage).

6 INTEGRATION ODER ROTATION – EIN POLITISCHES STREITGESPRÄCH

*Die Ergebnisse der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München" und die darin unterbreiteten Vorschläge lösten auch im Münchner Stadtrat eine hitzige Diskussion darüber aus, ob man an einem Rotationsprinzip festhalten oder die Integration der Migrant*innen fördern solle. Es ging also letztlich um die Frage, ob die ausländischen Arbeitnehmer*innen nach einer gewissen Zeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren sollen und ihr Arbeitsplatz von anderen, neu angeworbenen Migrant*innen übernommen wird oder ob man ihnen – sofern sie das selbst möchten – einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland ermöglicht.*

Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 23. November 1972 hielt folgende Aussagen fest:

StR. Dr. Reichel:

[…] Ich möchte Ihnen zu Anfang, um Sie gleich ins Bild zu setzen, welche Anträge vorgelegt werden, folgenden ersten Abänderungsantrag […] vortragen: […] Ziffer 2 wird folgender Satz hinzugefügt: „Der Stadtrat kann eine Lösung der Ausländerprobleme im Sinne der Integration nicht ins Auge fassen. Er hält vielmehr im Interesse aller Beteiligten, d.h. sowohl der eingesessenen Bevölkerung als auch der hier tätigen Gastarbeiter und ihrer Heimatländer, die Anwendung des Rotationsprinzips in diesem Raum, abgesehen von bereits bestehenden de facto-Fällen der Integration, für die grundsätzlich richtigere Lösung, um die Lebensqualität nicht durch weitere Verdichtung als Folge des Nachzugs der Familien und in weiterer Folge von ausländischen Betreuungskräften für die erstgenannten absinken zu lassen."

Lassen Sie mich diese Auffassung begründen! Bitte berücksichtigen Sie dabei, dass ich in der Terminologie und der Sprechweise der Soziologie und der Nationalökonomie nicht so ganz bewandert bin. Ich bitte mir deshalb zugute zu halten, falls meine Ausdrücke nicht immer im Sinne dieser Fachleute sachgerecht sein sollten. Alles, was ich zu diesem heißen Thema sagen will, ist von dem guten Willen getragen, den Interessen beider Parteien, nämlich unseres Bevölkerungsanteils und des ausländischen Anteils und – auf der anderen Seite – unseres Landes und Heimatländer der Ausländer, gerecht zu werden. […]

Gegen die Integration spricht nach meiner Meinung, dass für den Gastarbeiter die Beschäftigung bei uns die Lösung von seinem angestammten Bereich, aus seiner Heimat bedeutet, wenn er integriert würde. Was das bedeutet, brauche ich in Bayern nicht zu erläutern. Er würde aus seinen menschlichen, dörflichen, religiösen und kulturellen Bindungen gelöst, aus den geographischen und den klimatischen Gegebenheiten, er würde gelöst aus seinem Arbeits- und Erlebniskreis ebenso wie aus seinen Lebensgewohnheiten. Das alles wird also dem integrierten Gastarbeiter aus dem Ausland zugemutet. – (Zuruf) – Das ist ja die Frage, um die es sich dreht, ob ich berechtigt bin, einen Menschen auf die Dauer aus seiner Heimat zu lösen. Das ist für mich auch ein menschliches Problem. – (StR. Rohrbach: Wenn es aber sein Wunsch ist!) – Wie dieser Wunsch zustande kommt, steht auf einem weiteren Blatt, über das wir vielleicht noch sprechen können. Wenn diese Menschen in unser Land kommen, handelt es sich ja um das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen – politisch unterschiedlich, sozial unterschiedlich, kulturell, sittlich, religiös unterschiedlich –, schlechthin mit unterschiedlichen Auffassungen, wobei ich von vornherein betone, dass ich das ganz wertneutral ausspreche. Ich bin nicht bereit, mit der Feststellung dieser Unterschiede ein Werturteil über diese verschiedenen Auffassungen zu statuieren. Wir müssen dann auf die Dauer zusammenleben mit Menschen mit unterschiedlichen Maßstäben im Bereich der Moral, in Bezug auf Ehe und Familie, in Bezug auf Eigentum, Gemeinde und Staat, in Bezug auf Arbeit und Wirtschaft, in Bezug auf öffentliche Einrichtungen schlechthin. In allen diesen Bereichen sind die Auffassungen, die diese Menschen mitbringen, andere als die unseren, und das führt zum Zusammentreffen unterschiedlicher Grundlagen des Zusammenlebens in unserem Land. Es handelt sich aber dann weiter um Menschen mit unterschiedlichen Lebenszielen und Lebensgewohnheiten, wie sie sich z.B. in der Einstellung zur Ernährung mit ihren

teilweise strengen Geboten, zur Wohnung mit dem mehr oder weniger in die Öffentlichkeit gerichteten Tagesablauf und – damit verbunden – zum Lärm, zur Hygiene oder auch wie sie sich im Lebensstandard schlechthin darstellen. Das birgt Sprengstoff in sich und wir spüren diesen Sprengstoff ja auch. Man tut nach dieser Auffassung den Menschen keinen Gefallen, weder den Ausländern bei uns noch uns selbst, wenn wir Ungleichheiten in dieser Weise in unserer Bevölkerung schaffen oder begünstigen, mit denen zu leben für keinen der Beteiligten glücklich ist. Es ist besser, getrennt zu halten, was getrennt gewachsen ist, statt mischen zu wollen, was Schwierigkeiten schafft. Daraus entstehen Missgeschick und Unglück bis hin zu Straffälligkeit wiederum auf beiden Seiten. Die Trennung führt zur Ausräumung dieser Missverständnisse und damit zu Verständigung und Toleranz der getrennt lebenden Völker untereinander. Toleranz im täglichen Miteinander ist nun einmal bei den gegebenen Schwächen und Unterschieden kaum erreichbar. Das zeigt die tägliche Praxis. Tägliche Reibungen und Missverständnisse führen in der Folge eher zu Missverständnissen zwischen den Völkern und, als wenn diese Hürden des Missverständnisses ausgeräumt werden. Ich sagte schon, dass ich damit keine irgendwie geartete Wertung setze, sondern nur unabdingbare Unterschiede feststelle, die kein Mensch wegdiskutieren kann. Dass im täglichen Leben leider häufig zu Lasten und zum Nachteil der Ausländer gewertet wird, ist eine natürliche Folge der nun einmal nicht erreichbaren Toleranz und der bildungsmäßigen Überlegenheit der Gastgeber. Sie können das zweitklassige Dasein der Ausländer leider an fast jeder Arbeitsstelle beobachten.

Aus dem von mir befürworteten Rotationsprinzip folgt, dass ein Nachziehen der Familien nicht in Betracht kommt. Alle damit zusammenhängenden Probleme ergeben sich nur und dann zwangsläufig, wenn wir Deutschland als Einwanderungsland auffassen. Ich persönlich widersetze mich dieser Auffassung aufs Entschiedenste. Es folgt weiter, dass wir das Ausländerecht in der bisherigen Form praktizieren müssen. Es erscheint mir auch sinnlos, wenn wir einerseits Geburtenregelung zur Begrenzung unserer Bevölkerung betreiben, andererseits aber fremde Menschen in großer Zahl zu uns hereinholen und eine zusätzliche Verdichtung schaffen, nachdem wir schon mit der jetzigen Verdichtung nicht fertig werden. Wenn dir diese Menschen auf die Dauer ausschließlich zu untergeordneten Dienstleistungen hereinholen, so deklassieren wir sie bewusst. Steigen sie aber auf, so müssen wir immer wieder neuen Nachschub auf unteren Stufen hereinholen. Ich bitte Sie, diese Konsequenzen einmal langfristig zu überdenken. Die Integration löst also die aufgezeigten Probleme nicht. Die Rotation schafft erträgliche, für beide Seiten nützliche Verhältnisse.

Damit komme ich zu den Konsequenzen meiner Auffassung. Ich für meinen Teil und die Kollegen, die diese Auffassung vertreten, setzen sich nachdrücklich für eine Verlagerung der Produktion insbesondere in die Mittelmeerländer ein, wobei wir im Zuge der Entwicklungshilfe beim Aufbau einer auf dieses Ziel gerichteten Infrastruktur in jenen Ländern mitwirken müssen. […]

Im Übrigen sind wir gegen einen dauerhaften Abzug von Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern auch deshalb, weil mit der Abwanderung vornehmlich der leistungsstärkeren jüngeren Kräfte das Arbeitspotenzial der Heimatländer überdurchschnittlich geschwächt wird, während mit der von uns befürworteten Rückwanderung dieser bei uns geschulten Kräfte eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen wird, in den Heimatländern Produktionsstätten aufzubauen. Auch deshalb dürfen wir diese Menschen nicht hier behalten, wenn wir das ungeheure Gefälle von Industrieländern zu den Entwicklungsländern, das den Frieden auf der Erde mehr als alle anderen Umstände gefährdet, abbauen wollen. Diesen Ausgleich begünstigen wir allein durch das Rotationsprinzip, niemals durch die Wegnahme der qualifizierten Arbeitsplätze von dort. Die Integration bedeutet, wenn man es sehr grob sagen wollte, eine gewisse koloniale Ausbeutung der Mutterländer, denen wir auch die Rohstoffe für billiges Geld wegnehmen. Durch den Abbau von Rohstoffe und Arbeitskräften erschweren wir jegliche Weiterentwicklung dieser Länder, und das ist genau das Gegenteil dessen, was Kollege Geiselberger im Ausschuss mit so harten Worten als unseren Fall bezeichnet hat.

Noch eine weitere Bemerkung über die in der Rotation lebenden Ausländer: Diese müssen selbstverständlich gerecht und human behandelt werden. Jegliche Ausbeutung, z.B. durch Mietwucher müssen wir verhindern. […] Aber auf der anderen Seite geht es nicht an, dass der Wohnraum der eingesessenen Bevölkerung gleich haus- oder blockweise durch Umbau in Ausländerwohnungen entzogen wird. Vielmehr muss das Kapital für die Unterbringung der Gastarbeiter nach dem Urheberprinzip aufgebracht werden, während die Gastarbeiter die Kapital- und Betriebskosten selbst tragen müssen wie jeder deutsche Mieter auch. Natürlich muss er die Kosten für sein Leben schlechthin hier im gleichen Ausmaß tragen wie der deutsche Arbeitnehmer, weil er ja auch gleichen Lohn erhält. Im Normalfall ist der beschäftigte Gastarbeiter kein sozialer Notfall. […]

StR. Geiselberger:

[…] Zunächst stimmt es nicht, dass die infrastrukturelle Unterversorgung der deutschen Bevölkerung durch die Hereinnahme von ausländischen Arbeitern zustande gekommen ist, sondern die infrastrukturelle Unterversorgung gerade durch kommunale Einrichtungen ergibt sich ganz eindeutig aus diesem wirtschaftlichen, kapitalistischen System, insgesamt und nicht aus der Hereinziehung ausländischer Arbeiter. Es lässt sich nämlich nachweisen, dass selbst bei dem jetzt bestehenden Familiennachzug, der sowieso schon ganz erheblich erschwert wird, die ausländischen Arbeiter, die ja ganz genau wie deutsche Arbeiter Steuern bezahlen müssen, wesentlich stärker als ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend zu Steuern und Wirtschaftswachstum beitragen, dass sie also eher ein Beitrag dazu sind, den Lebensstandard insgesamt zu heben, als ihn zu verschlechtern. Ihr Problem ist allerdings, und die SPD macht das auch zu ihrem Problem, dass sie zwar ganz erheblich zu diesem Lebensstandard beitragen, aber nicht im selben Ausmaß wie die deutsche Bevölkerung an dem dadurch möglichen Lebensstandard teilnehmen können. Einige Zitate, die das unterstreichen:

Herr Rosenmöller aus dem Bundesarbeitsministerium, einer der wesentlichen Referenten dort, stellt in einer Ausarbeitung des Bundesarbeitsministeriums vom Jahre 1969 z.B. fest, dass ohne die Gastarbeiterbeiträge deutsche Arbeitnehmer bereits 1 % mehr an Rentenversicherungsbeiträgen zahlen müssten. Die ausländischen Arbeiter bewirken hier also eine Verbesserung. […]

Das IFO-Institut stellt fest, dass ohne ausreichenden Einsatz ausländischer Arbeitskraft auf längere Sicht ein mehr als dreiprozentiges Wachstum der Wirtschaft pro Jahr in der Bundesrepublik nicht möglich sei. Der Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer zum Bruttosozialprodukt, aber auch zur Stärkung des deutschen Binnenmarkts und der Sozialversicherung sei so erheblich, dass auf ihn lange Zeit nicht verzichtet werden könne. […]

Ich bin der Meinung, und mit mir die SPD-Fraktion, dass das Rotationsprinzip, von dem hier dauernd gesprochen wird, ein inhumanes Prinzip ist. Man kann heute die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowieso nicht mehr in dem Maß einschränken, wie es eigentlich gewünscht wird. Es dürfte inzwischen bekannt sein, dass innerhalb der EWG die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet ist und dass logischerweise und wenn man nicht inhuman sein will, Angehörige der EWG-Staaten natürlich auch die Möglichkeiten haben müssen, ihre Familien nachzuziehen. Dazu kommt, dass gerade auf den Druck der deutschen Unternehmen hin die Anwerbung von Arbeitern aus Drittländern, die heute nicht zur EWG gehören, wesentlich erleichtert worden ist. […]

Das zweite ist, dass man eigentlich nicht davon ausgehen kann, dass man hier ausländische Arbeiter nur als Arbeitsmaschinen beschäftigt, die man notdürftig in Firmenunterkünften zusammenquetscht und die nicht einmal in der Lage sind, ihre Familien nachzuholen. […]

Noch eines: Die Rückentwicklung der Länder, aus denen die Arbeiter angeworben werden, ist von Herrn Reichel richtig konstatiert worden. Aber es wäre nicht die Lösung des Problems, wenn man zwar die Arbeitskräfte hierher anwirbt, was ja weiterhin geschehen wird, nach dem was die deutsche Wirtschaft oder z.B. die Industrie- und Handelskammer feststellt, wenn man sie also zwar abzieht, aber ihre Familien dort zur eigenen Versorgung belässt. Denn dann verstärkt man ja noch den Nachteil, den diese Länder bereits haben, weil man ihnen die Arbeitskräfte wegnimmt, jedoch die Familien dort zur eigenen Versorgung belässt. Dadurch wird man also den Entwicklungsunterschied, der ohnehin besteht, noch wesentlich vergrößern. – (StR. Dr. Reichel: Die Familien werden doch von hier aus durch Geldsendungen versorgt!) – Da müssen Sie mal die statistischen Berichte der Deutschen Bundesbank lesen, wie es sich mit den Geldüberweisungen der ausländischen Arbeiter in ihre Heimatländer im Zusammenhang mit den Handelsdefiziten dieser Länder verhält. Diese Handelsdefizite sind nämlich wesentlich größer als die Rücküberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer. Das lässt sich alles nachweisen. […]

StR. Eckert:

[…] Herr Geiselberger, es ist nicht einzig und allein die Wirtschaft der Verursacher dafür, dass wir zum Teil einen jährlichen Zuwachs an Ausländern in der Größenordnung von 600 000 Personen haben. Ich bin der Meinung, dass diese Zahlen nur zustande gekommen sind, weil es der bisherigen Bundesregierung daran gefehlt hat, eine Ausländerpolitik überhaupt zu realisieren, hierfür Vorschläge erarbeiten und gesetzliche Grundlagen zu erstellen. Beispielsweise ist im Jahre 1970 der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik von rund 2,4 Millionen um 600 000

Personen auf 3 Millionen Menschen gestiegen, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik um 450 000 Personen zunahm. Ich meine, es wird höchste Zeit, hier Steuerungsmaßnahmen zu erarbeiten und auch zur Wirksamkeit zu bringen. […]

Ich bin der Meinung, dass gerade der heutige Tag nach der Bundestagswahl, aber vor der Abfassung der Regierungserklärung der neuen/alten Bundesregierung Anlass dazu wäre, dieser Bundesregierung aus dem Ballungszentrum München heraus als Auftrag nahezulegen, hier gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die ein gesundes Verhältnis zwischen der Bevölkerung in der Bundesrepublik und den Ausländern schaffen, die auch in Zukunft zu uns kommen werden. […] Auch ich bin der Meinung, dass zu der Konzeption, die fehlt, gehören sollte, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung darüber aufzumachen, wie vielleicht kurzfristige Vorteile sich langfristig in Nachteile verwandeln können oder wie man diese Nachteile vermeiden sollte.

In diese Überlegung hinein gehört auch die Frage, wie wir in Zukunft die Leistungsfähigkeit der eigenen Arbeitnehmerschaft einschätzen, ob hier vielleicht durch eine größere Leistungsfähigkeit auch etwas zur Minderung des Bedarfs ausländischer Arbeitskräfte getan werden kann. […]

Herr Dr. Abreß hat aber einen dritten Punkt – und dieser scheint uns von der CSU sehr wichtig zu sein – abgelehnt, als es nämlich darum ging, die Frage der Finanzierung, auch wie sie auf München zukommt, in seinen Auftragsentwurf aufzunehmen. Er sagte etwa so, es sei nicht würdevoll, im Zusammenhang mit den anstehenden Fragen auch die Finanzierung zu erörtern. Ich meine dagegen, es ist ausgesprochen ehrlich und damit auch würdevoll, dieses Thema nicht zu verschweigen. […]

StR. Rohrbach:

[…] Nun zur Frage, ob Integration oder Rotation: Natürlich ist es einfacher, nach dem Prinzip der Rotation zu verfahren, weil man da die Hände in die Hosentasche stecken und sagen kann: Mich kümmert das Problem weitgehend nicht; denn dieser gute Mann, der drei Jahre seine Arbeitskraft hier lässt, haut dann wieder ab. Damit ist sein Problem nicht gelöst. Abgesehen davon, dass es sich hier um einen Menschen handelt, muss man berücksichtigen, dass das Vakuum der unteren Gruppen der Arbeitskräfte nach wie vor bestehen bleibt. Wir wissen auch, dass etwa 13 % mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik bleiben. Die Tendenz, länger zu bleiben oder gar sesshaft zu werden, nimmt doch laufend zu. Wir können angesichts dieser Tatsache nicht so tun, als wenn das nicht ein bestehendes Faktum wäre. Wenn dem aber so ist, müssten wir uns schon jetzt darüber Gedanken machen, was wir mit den hier sesshaften, allerdings noch nicht integrierten, aber zu integrierenden Menschen tun wollen. Das müssten wir klar und deutlich aussprechen. Wir sollten auch nicht so tun, als könnte man dieses Problem in irgendeiner Form steuern. Denn die Menschen sind hier; sie haben das Bedürfnis, ihre Familien nachzuholen. Da möchte ich Herrn Kollegen Dr. Reichel ansprechen: Es ist doch allein schon die Tatsache inhuman, dass diese Menschen nach Deutschland gekommen sind. Noch inhumaner ist es aber, wenn wir diesen Menschen das Recht verweigern, ihre Familien nachzuziehen. Denn wir wissen ja alle, dass gerade diese Menschen aus südlichen Landstrichen ein sehr enges Familienverhältnis haben. Wenn wir es gar von Rechts wegen zulassen würden, diesen Menschen die Familien zu verweigern, schaffen wir natürlich ein noch viel größeres inhumanes Instrument. Ich meine, wir sollten uns schon jetzt darüber Gedanken machen, in welchem Umfang wir dem Personenkreis, der wirklich Anzeichen gegeben hat, hier zu bleiben, auch echt helfen können. […]

Eines der wesentlichen Probleme wird natürlich die Frage sein: Was tun wir mit den Kindern, die in die Bundesrepublik nachkommen oder die bereits hier geboren sind? Dass hier eine verstärkte Integration erfolgen muss, erscheint mir so selbstverständlich, dass man darüber gar nicht diskutieren sollte. Denn sonst schaffen wir ein Proletariat, von dem ich sagte, dass es viel schlimmer sein wird als etwa das Proletariat der Jahrhundertwende. Wir können dieses Proletariat keineswegs dadurch integrieren, dass wir sagen: Wir schaffen eine eigene Schule mit eigener Sprache, mit eigenen Weltanschauungen usw. Wir müssen vielmehr das Gegenteil davon tun, wir müssen nämlich die Kinder frühzeitig und rechtzeitig in die deutsche Schule integrieren; sie sollten sich frühzeitig auch mit den deutschen Gewohnheiten bekannt machen. Nur so laufen wir nicht Gefahr, dass in der zweiten oder dritten Generation soziale Krüppel geboren werden. […]

Noch einen Punkt möchte ich ansprechen: das Wohnungsproblem der Gastarbeiter. Es ist ganz klar, dass für die Gastarbeiter, die die Absicht haben, in der Bundesrepublik zu bleiben, die volle Gleichstellung und Gleichberechtigung

gegeben sein sollte. Den anderen, die also allein sind, sollte man das Los nehmen, allein zu sein. Dazu kommt eine Tatsache, die wir alle kennen: Es entstehen in den Großstädten mehr Silos für Gastarbeiter, in denen diese unter undenkbarsten Umständen leben. In diesem Zusammenhang ist eine Verordnung anzuführen, die wir vielleicht auf dem Wege des Antrags beseitigen sollten. Wir sollten nämlich beim Freistaat Bayern beantragen, dass doch endlich einmal die Verordnung über die Belegung von Wohnungen geändert wird. Für mich ist es wirklich inhuman, etwa vorzuschreiben, dass 4 qm Wohnfläche für einen Menschen ausreichend sind. […]

175

Quelle: Stadtarchiv München Ratssitzungsprotokolle 745/3

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie die einzelnen Positionen mit den jeweils angeführten Argumenten zu der Diskussion, ob an dem sogenannten Rotationsmodell festgehalten oder die Integration der ausländischen Arbeitnehmer*innen umgesetzt werden soll.

2. Stellen Sie die jeweiligen Konsequenzen für das politische Handeln dar, die die einzelnen Stadträte aus ihrer Befürwortung des Rotationsmodells bzw. der Integration ziehen.

3. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind nicht nur Personen, die auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen waren, nach Deutschland zugewandert, sondern auch Asylsuchende, die vor Diskriminierung oder Krieg aus ihrem Herkunftsland geflohen waren. Die Diskussion über Integrationsmaßnahmen ist daher auch heute noch in der Gesellschaft präsent. Überprüfen Sie die Aktualität der in der Stadtratssitzung von 1972 geäußerten Ansichten.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Im Fokus der Unterrichtseinheit steht die politische Kontroverse zur Frage, ob man die ausländischen Arbeitnehmer*innen in die deutsche Gesellschaft integrieren oder am Rotationsmodell festhalten soll. In der Stadtratssitzung vom 23. November 1972 standen sich mit ihrer Positionierung zu der Frage unter anderem die Stadträte Dr. Reichel und Eckert und die Stadträte Geiselberger und Rohrbach gegenüber. Während sich Reichel für das Rotationsmodell und gegen integrative Maßnahmen ausspricht und Eckert auf die Kosten von Integrationsmaßnahmen verweist, plädieren Geiselberger und Rohrbach für eine nachhaltige Integration. Die Schüler*innen sollen im Rahmen des ersten Arbeitsauftrags in einer intensiven Textarbeit diese Positionen eruieren und ebenso die jeweiligen Argumente herausarbeiten, die von Ausbeutung der Herkunftsländer und Gefahr gesellschaftlicher Konflikte auf der einen Seite bis hin zur Gefahr der Herausbildung einer sozial benachteiligten Schicht innerhalb der Folgegeneration und Inhumanität auf der anderen Seite reichen. Bei einer anschließend denkbaren Beurteilung der Argumentationen durch die Lernenden, sei es in Bezug auf eine überzeugende Unterlegung mit Belegen oder auf die Wortwahl, ist zu beachten, dass die Ausführungen zum Teil gekürzt wurden.

In einem nächsten Schritt sind die jeweiligen Konsequenzen für das politische Handeln herauszuarbeiten, wobei unter anderem auf die unterschiedliche Bewertung des Familiennachzugs einzugehen ist. Außerdem fordert beispielsweise Eckert klare Steuerungsmaßnahmen des Zuzugs. Rohrbach, der die steigende Tendenz der ausländischen Arbeitnehmer zum dauerhaften Verbleib als Fakt betrachtet, spricht sich für eine integrative Schulpolitik aus.

Denkbar wäre auch, dass die Schüler*innen die Stadtratssitzung zur zentralen Frage „Integration oder Rotation“ nachspielen, bevor sie die Quellenausschnitte analysieren. Hierbei könnte man manchen Schülern*innen vorgeben, die Rotation zu befürworten, während sich andere für die Integration aussprechen sollen. Diese Perspektivenübernahme, die die eigenständige Suche nach schlüssigen Argumentationen beinhaltet, gibt den Lernenden die Möglichkeit, sich selbst ein Urteil zur Frage zu bilden und später gegebenenfalls die tatsächlich in der Stadtratssitzung vorgebrachten Begründungen individuell zu bewerten.

Inwieweit bei den ersten beiden Aufträgen auf die jeweilige Parteienzugehörigkeit der einzelnen Stadtratsmitglieder eingegangen wird, bleibt der Lehrkraft überlassen – je nachdem, ob in dieser Unterrichtseinheit historische Sachverhalte oder die Diskussion und damit die Argumente an sich im Mittelpunkt stehen sollen. Im Falle von Herrn Geiselberger und Herrn Eckert erschließt sich ihre jeweilige Parteienzugehörigkeit aus deren Aussagen, im Bedarfsfall kann Herrn Reichels CSU- und Herrn Rohrbachs SPD-Mitgliedschaft ergänzt werden. Darüber hinaus kann die Lehrkraft – sofern das für nötig befunden wird – auf die politischen Verhältnisse im Land und im Bund hinweisen. Vor diesem Hintergrund werden die Schüler*innen in der Kritik von CSU-Stadtrat Eckert an der sozialliberalen Bundesregierung unter Bundeskanzler Brandt möglicherweise einen parteipolitischen Hintergrund erkennen. Die Bayerische Staatsregierung, die von der CSU gestellt wurde, vertrat wiederum die Positionen, die hier von den CSU-Stadträten vorgetragen wurden.

Der letzte Arbeitsauftrag zielt auf einen Vergleich der Debatte von 1972 mit dem aktuellen Integrationsdiskurs ab. Die Lernenden werden beispielsweise erkennen, dass bei dem Zuzug von Asylsuchenden 2015 ebenso moralische oder finanzielle Aspekte in der Diskussion zu finden waren, wie das in der Münchner Stadtratssitzung der Fall war. Grundsätzlich kann hier ebenso untersucht werden, inwieweit eine mediale Diskussion hinsichtlich der Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs zu beobachten war.

Im Anschluss an diese Einheit könnten auch einzelne Recherchen durchgeführt werden, beispielsweise zu den aktuellen Regelungen des Familiennachzugs.

LITERATUR

Philip Zölls Beitrag in diesem Heft.

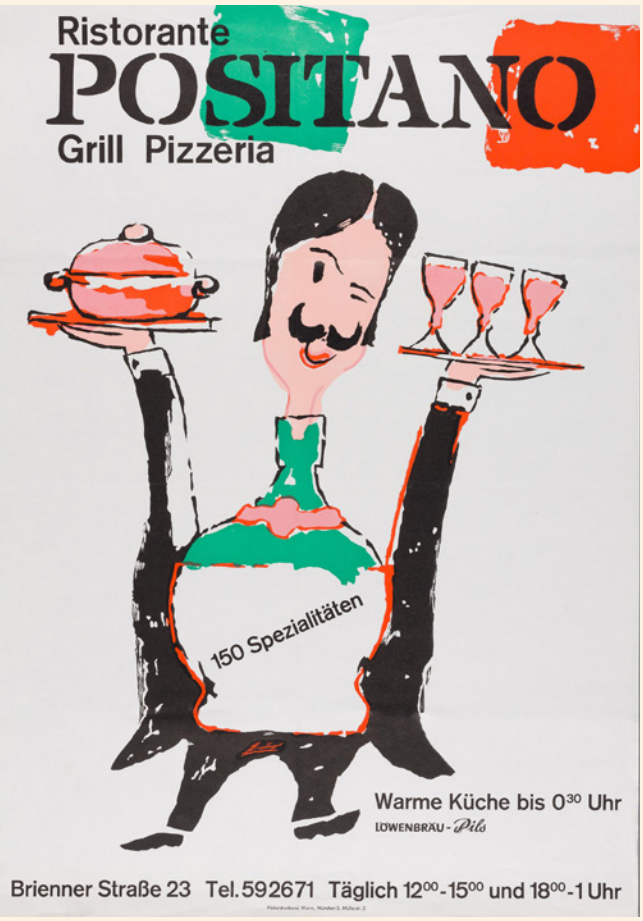
7 (Post-)Migrantische Gastronomie in München

M1:

Die Münchner Abendzeitung vom 4./5. Dezember 1976 beschreibt die Atmosphäre im Ristorante „Bei Mario" in München:
„Bei Mario" in der Adalbertstraße sieht es ziemlich genauso italienisch aus, wie es der Gardasee- oder Adriaurlauber erwartet: Man sitzt an rotgedeckten, von Keramiklampen und anderen Lichtquellen (etwas zu hell) beschienenen Tischen in weinlaubähnlichen Nischen, schaut auf Zimmerpflanzen und Wandgemälde, die bella italia verherrlichen, und auf Flaschen, Flaschen, Flaschen. Die flinken Kellner sehen allesamt so aus, als ob sie gleich zur Gitarre greifen, Funiculi-Funicula singen und die Gäste mit Weinlaub bekränzen wollen. 5

Quelle: Bella Italia in Schwabing, in: Abendzeitung München vom 04./05.12.1976

M2:



Plakat des italienischen Restaurants „Positano" in der Brienner Straße in München, um 1965
Foto: Münchner Stadtmuseum, Sammlung Reklamekunst

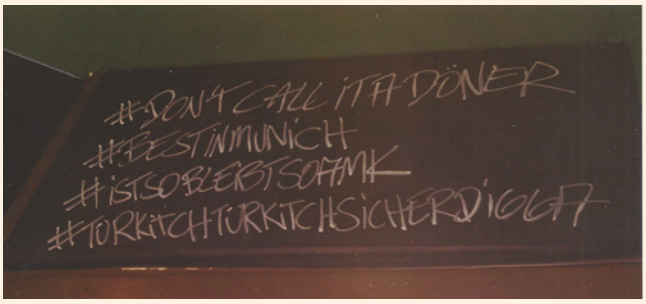
M3:

Restaurant „Ali Baba Börekçisi" in der Goethestraße in München
Foto: Stadtarchiv München, DE-1992-FS-STB-6041

Informationen:

Einer der Köche des „Ali Baba", Mithat Sönmezler, kam 1967 als „Gastarbeiter" – auf Basis des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens – nach München. Der Name „Börekçisi" legt nahe, dass im Restaurant Börek, ein in der Türkei verbreitetes Blätterteiggericht mit Schafskäse, Spinat oder Hackfleisch, angeboten wurde.

M4:



Tafel in einem türkischen Imbiss in der Humboldtstraße in München
Foto: Münchner Stadtmuseum

Informationen:

Der Inhaber des Imbiss Hayri Onbasi setzt seit der Gründung des Lokals 2014 unter dem Motto „Don't call it a Döner" auf traditionelle türkische Gerichte. Die Motivation für den Imbiss erhielt er von seinem Vater, der 1970 als „Gastarbeiter" nach München gekommen war und der, mittlerweile in Berlin lebend, bei einem Besuch in München den Mangel an traditioneller Köfte- und Kebap-Küche bemerkt und den Sohn darauf hingewiesen hatte, dass eine große Nachfrage danach bestehen könnte.

Arbeitsaufträge:

1. Stellen Sie anhand von M1 bis M4 einen Zusammenhang zwischen Migration und der Entwicklung der Gastronomie in München ab den 1960er Jahren her.

2. Untersuchen Sie M1 und M2 im Hinblick auf die Zielgruppe der beiden entsprechenden italienischen Restaurants. Analysieren Sie dabei den Stil des Artikels aus der Münchner Abendzeitung.

3. Für viele Migrant*innen war es über die kulinarischen Vorlieben hinaus besonders wichtig, dass sie in Deutschland Lebensmittel aus ihrem Geburtsland kaufen und die bekannten Gerichte, teils in der Gemeinschaft mit anderen, zubereiten konnten. Überlegen Sie sich Gründe dafür.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Diese Unterrichtssequenz dient dazu, den Schüler*innen abschließend den Einfluss der Migrant*innen im Ankunftsland vor Augen zu führen, wofür hier beispielhaft die Kulinarik gewählt wird. Gerade vor dem Hintergrund der vorangegangenen Quellen, die die Diskussionen um die Migration in München abbilden und Schwierigkeiten infolge der Zuwanderung betonen, ist es wichtig, dass abschließend die (gegenseitige) kulturelle Bereicherung ihren Platz findet.
Im Rahmen des ersten Arbeitsauftrags erschließen die Schüler*innen, dass Migrant*innen in den 1960er und 1970er Jahren in der Gastronomie tätig waren oder sich in diesem Bereich selbstständig machten. Hier ist von der Lehrkraft darauf hinzuweisen, dass es sich nicht nur um sogenannte Gastarbeiter*innen handelte, sondern beispielsweise um Migrant*innen aus Italien ab Mitte der 1970er Jahre bewusst mit dem Ziel nach Deutschland aufbrachen, dort einen Gastronomiebetrieb zu gründen. Aus M4 können die Schüler*innen schließen, dass die Selbstständigkeit oft jedoch erst in der zweiten Generation folgte. M3 führt den Lernenden vor Augen, dass der kulturelle Einfluss der Zuwanderer*innen buchstäblich im Münchner Stadtbild sichtbar war. Hier kann auch diskutiert werden, weshalb sich manche Begriffe wie *Ristorante* im deutschen Sprachgebrauch etabliert haben, während andere, wie z.B. *Börekçisi*, nicht gängig sind.
Beim zweiten Arbeitsauftrag wird deutlich, dass die italienischen Restaurants in der Regel nicht, wie oftmals vermutet, die Landsleute als Zielgruppe im Blick hatten, sondern laut M1 deutsche „Adria- und Gardasee-Urlauber“ ansprechen sollten. Im Sinne der sogenannten *ethnic performance* werden Bilder kreiert, die die Erwartungen der bundesdeutschen Italienurlauber*innen bestätigen und ihre Sehnsucht nach dem südlichen Urlaubsland stillen. Die Lernenden sollen erkennen, dass der Artikel aus der Münchner Abendzeitung die im Restaurant „Bei Mario“ produzierten Stereotype ironisch, überspitzt darstellt und belächelt. Die Übertreibung können die Schüler*innen beispielsweise an der Wiederholung des Wortes „Flasche“ – es handelt sich um die rhetorische Figur *Epizeuxis* – festmachen. Im Plakat (M2) des Restaurants „Positano“ deuten die Schüler*innen möglicherweise die Farben Rot, Weiß und Grün als bewusst gesetztes Farbmuster, das deutsche Personen aufgrund der italienischen Nationalflagge mit Italien assoziieren. Die Lehrkraft kann außerdem den Hinweis geben, dass in Italien *Ristorante* und Pizzeria getrennt sind, das erweiterte Angebot im „Positano“ sollte daher wohl in erster Linie deutsche Gäste ansprechen. Auch der Fokus auf den augenzwinkernden *padrone*, von dem sich vor allem die deutschen Kund*innen ein freundliches, charmantes Auftreten erwarten, kann mit Hilfe der Lehrkraft thematisiert werden. Es ist außerdem möglich, in diesem Zusammenhang M4 weiter zu vertiefen: Mit dem Slogan „*Don’t call it a Döner*“ will sich das Restaurant bewusst vom Fast-Food-Produkt Döner abgrenzen, das in den 1970er Jahren, angepasst an die deutschen Essgewohnheiten, in deutschen Großstädten zunehmend populärer wurde. Ein Konflikt zwischen der (wirtschaftlichen) Notwendigkeit, die kulinarischen Vorlieben der Deutschen zu berücksichtigen, und dem gleichzeitigen Verlangen nach dem Angebot traditioneller Küche und der Vermittlung der vertrauten Esskultur ließ sich bereits in den 1970er Jahren in der von Migrant*innen geführten Gastronomie beobachten.
Arbeitsauftrag 3 erfordert von den Schüler*innen, dass sie sich in die Situation der Migrant*innen hineinversetzen und davon ausgehend die Bedeutung vertrauter Speisen in der (noch) fremden Umgebung erkennen. Die Lernenden werden sicherlich das Bedürfnis nach einer Erinnerung an das Heimatland, die durch den Genuss des Essens aktiviert wird und eine Auszeit vom anstrengenden Arbeitsalltag ermöglicht, anführen. Auch der Punkt der Gemeinschaft mit anderen Migrant*innen beim Zubereiten und Verzehr der Gerichte sollte im Sinne der Perspektivenübernahme thematisiert werden: Das gemeinsame Essen ermöglicht die Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit – die zum Teil möglicherweise romantisiert wird – und somit das Sicherheit gebende Gefühl, auch im noch unbekannten Ankunftsland einer Gemeinschaft anzugehören.
Als weiterführende Projektaufgabe zu dieser Unterrichtseinheit kann die Gastronomie in der jeweiligen Wohnstraße bzw. des jeweiligen Wohnorts erforscht werden. Die Schüler*innen könnten beispielsweise mit den Besitzer*innen kurze Interviews führen und dabei unter anderem erfragen, wann das Restaurant gegründet wurde und wie sich das Angebot der Gerichte seither entwickelt hat.

INFOBOX: ITALIENISCHE GASTRONOMIE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In den 1970er Jahren setzte ein rasanter Anstieg italienischer Gaststätten in der Bundesrepublik ein. Einen Erklärungsansatz stellt das Streben bundesdeutscher Bürger*innen dar, sich weltoffen zu zeigen, was für viele wohl mit dem Besuch ausländischer Restaurants einherging. Ein weiterer Grund ist in einer romantisierenden Sehnsucht nach Italien zu sehen, die einerseits bei Italienurlauber*innen vorhanden war und andererseits bei denjenigen, denen die finanziellen Mittel für eine Reise in den Süden fehlte, die aber dennoch ein medial vermitteltes Bild von Italien hatten und daran teilhaben wollten. Die italienischen Gastronomiebesitzer*innen erkannten dieses touristische Verlangen und kreierten unter Einsatz von Stereotypen eine Atmosphäre, die es den Besucher*innen ermöglichte, ihre Vorstellungen darauf zu übertragen und so ein vermeintlich authentisches Bild des italienischen „*dolce vita*“ zu erhalten. Im Sinne der *ethnic performance* schufen der *padrone* und die Belegschaft des Restaurants mit einem charmanten Auftreten ein unbeschwertes Ambiente, das den Erwartungen der deutschen Besucher*innen an italienische Kellner*innen entsprach. Wurden bis in die 1970er Jahren vorwiegend bei der deutschen Kundschaft bekannte Urlaubsorte oder Sehenswürdigkeiten wie „Adria“ oder „Canal Grande“ als Namen für die Restaurants gewählt, betonte man ab den 1980er Jahren zunehmend den jeweiligen *padrone* (z.B. „Da Giovanni“). Auch hinsichtlich der Speisen fand eine Anpassung an den Geschmack der deutschen Gesellschaft statt. So wurden viele Pastagerichte entgegen der italienischen Tradition mit Sahne zubereitet (z. B. Spaghetti Carbonara) und mit viel Soße serviert. Sicherlich war die Variation einzelner Gerichte auch darauf zurückzuführen, dass manche Zutaten in Deutschland nicht oder nur zu einem hohen Preis erhältlich waren (z. B. Mozzarella). Schließlich sollte auch die Innenausstattung bestimmte Eindrücke vom südlichen Urlaubsland erwecken. Die Zielgruppe der italienischen Gaststätten war demnach in erster Linie die deutsche Kundschaft.

Bei den in der Gastronomie Beschäftigten handelte es sich zwar zum Teil um sogenannte Gastarbeiter*innen, für den Boom italienischer Gaststätten in der Bundesrepublik waren wohl aber Gastronom*innen aus einer Gruppe von Migrant*innen verantwortlich, die Italien zur Zeit des *miracolo economico* – nachdem in der Bundesrepublik bereits der Anwerbestopp vollzogen wurde – mit dem klaren Ziel verließen, eine Gastronomiegewerbe in Deutschland zu gründen oder zu übernehmen.

In München gibt es heute ca. 600 italienische Gaststätten. Darunter finden sich Restaurantketten, die – ebenso wie italienische Eisdielen – ein standardisiertes Angebot aufweisen, das von den Besucher*innen erwartet wird. Darüber hinaus gibt es aber auch, wie vereinzelt bereits in den 1960er und 1970er Jahren, *Ristoranti*, die nicht auf die Erwartungen der Besucher*innen abzielen, sondern Wert auf eine traditionelle Zubereitung der Gerichte legen.

INFOBOX: TÜRKISCHE GASTRONOMIE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Eröffnung türkischer Gaststätten in der Bundesrepublik steht in direktem Zusammenhang mit der Zuwanderung von Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei. Waren in den bundesdeutschen Großstädten in den 1960er Jahren nur vereinzelt türkische Restaurants vorhanden, nahmen diese im Laufe der 1970er Jahre mit dem – durch die schwierigere Arbeitsmarktsituation bedingten – Wechsel sogenannter Gastarbeiter*innen in den Gastronomiebereich (und den Lebensmitteleinzelhandel) zu. Erste Ansiedlungen fanden in Städten und Stadtbezirken mit einem

hohen Anteil der türkischen Wohnbevölkerung statt, beispielsweise in Köln und Berlin. Zunächst sollten demzufolge wohl türkische Besucher*innen erreicht werden. Auch das Restaurant „Ali Baba Börekçisi“, eine der ersten türkischen Gaststätten in München, hatte mit dem Strudelgericht Börek wohl türkische Gäste als Zielgruppe im Blick. Daneben wurde im „Ali Baba“ bereits Döner zum Mitnehmen angeboten. Der Döner entwickelte sich gegen Ende der 1980er Jahre zum erfolgreichsten Fast-Food-Gericht der Bundesrepublik. Tatsächlich geht die zunehmende Beliebtheit dieses Produkts damit einher, dass es – in Berlin ist dies ab den frühen 1970er Jahren der Fall – nicht mehr in Restaurants als Tellergericht mit Reis und Gemüse, sondern in Teigtaschen zum Mitnehmen angeboten wurde. In entsprechend dekorierten Imbissen wurde der Döner anfangs als ein exotisches Gericht präsentiert, in den 1990er Jahren erfolgte allerdings eine Anpassung der Döner-Imbisse an die Fast-Food-Gewohnheit der Jugend. Im Gegensatz zur italienischen Küche konnten sich türkische Gaststätten einer höheren Preisklasse dagegen, trotz des Erzeugens einer „orientalischen“ Atmosphäre als Projektionsfläche für das entsprechend interessierte deutsche Publikum, bis heute nicht bzw. nur schwer etablieren. Als eine Erklärung hierfür wird in der wissenschaftlichen Literatur der niedrige soziale Status angeführt, den man den türkischen Migrant*innen zuschrieb und der sich möglicherweise demzufolge auch im Ansehen der türkischen Küche niederschlug. Ein Grund mag laut Gastronom*innen auch darin liegen, dass es aufgrund der Beliebtheit des Döners erfolgversprechender ist, das etablierte Produkt anzubieten, als auf die in Deutschland teils unbekannten vielfältigen Speisen der türkischen Küche zu setzen.
Heute überwiegen in der türkischen Gastronomie in Deutschland demzufolge klar die Imbisslokale, die vor allem auf den Verkauf des Döners setzen, nichtsdestotrotz ist eine gewisse Vielfalt vorhanden. In München setzt beispielsweise die Gaststätte „Keko“ auf türkische Gerichte, die an die deutschen Geschmacksvorlieben angepasst werden (z.B. Bratensoße zu gegrilltem Fleisch), das „Türkitsch“ wiederum will sich unter dem Motto „*Don't call it a Döner*“ bewusst von der den deutschen Essgewohnheiten entsprechenden Zubereitung des Döners mit Blattsalat und Kraut abgrenzen und bietet diesen unter anderem mit Grillgemüse an.
Dass auch aktuelle Diskussionen zum Thema Essen und seinen unterschiedlichen Zubereitungsarten stattfinden, zeigt der Podcast „Çay mal ehrlich“ von Şahika Tetik (der Enkelin des in M3 erwähnten Mithat Sönmezler) und Hülya Weller. Bei mehreren Gläsern türkischem Schwarztee besprechen die Freundinnen unterschiedliche Aspekte des Lebens und Aufwachsens zwischen zwei Kulturen. Zwei Folgen des Podcasts befassen sich speziell mit der türkischen Küche und Esskultur. Hierbei wird deutlich, dass es nicht die „eine“ Küche gibt, sondern dass sich Essen gerade durch Vielfalt auch innerhalb einer Kultur auszeichnet. Gleichzeitig zeigen die beiden Frauen, wie sehr das Essen uns mit Erinnerungen in Verbindung bringt und dadurch ein zentraler Marker von Kultur ist.

LITERATUR

Zur italienischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland bzw. München:

Maren Möhring: Gastronomischer Tourismus. Zur Geschichte des ausländischen Gaststättengewerbes in München, in: Vivienne Marquart/Clara Sterzinger-Killermann (Hg.): Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie, München 2020, S. 27-38, hier S. 35-38.

Livia Novi: Nur Pizza, Pasta und Sonne? Italienische Gastronomie in München zwischen ethnic performance und postmigrantischer Entwicklung, in: Vivienne Marquart/Clara Sterzinger-Killermann (Hg.): Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie, München 2020, S. 73-88.

Zur türkischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland bzw. München:

Maren Möhring: Die türkische Gastronomie in der Bundesrepublik. Eine Migrations- und Konsumgeschichte, in: „Heimatkunde" der Heinrich-Böll-Stiftung, November 2011, https://heimatkunde.boell.de/de/2013/11/18/die-t%C3%BCrkische-gastronomie-der-bundesrepublik-eine-migrations-und-konsumgeschichte [Stand: 30.05.2022].

Clara Sterzinger-Killermann: Vom Döner zum Kebap – der Stand der türkischen Küche in München, in: dies./ Vivienne Marquart (Hg.): Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie, München 2020, S. 62-72.

LESESTOFF

Zwei Kugeln süss-sauer mit scharf!
Münchens migrantisch geprägte Gastronomie
Das Buch ist bestellbar unter: www.allitera-verlag.de

Der Sammelband gibt Einblicke in Münchens große Auswahl an internationalen Restaurants, Cafés und Imbissen. Aufsätze, die unter anderem die italienische, türkische, griechische und jugoslawische Gastronomie in München beleuchten, zeigen das vielfältige Angebot weltweiter Speisen in München auf – und somit den bereichernden Einfluss der Migrant*innen, die eine Vorreiterrolle bei dieser kulinarischen Vielfalt einnehmen, da sie verschiedenste Esskulturen nach München bringen und dem hiesigen Geschmack anpassen. Der Band ist Teil der Reihe Beiträge zur „Münchner Migrationsgeschichte", die das Stadtarchiv München, das Münchner Stadtmuseum und der Allitera Verlag gemeinsam herausgeben.